

DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 1), Biesenbinderhof 57, "Gewerkschaftshaus".

Offizielles Organ
Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Bliengasse 12.

Kollegen Deutschlands!

Die erste dringendste Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehrlich mit sich und seinen Nebenmenschen meint, ist es, seiner Berufsorganisation, dem Verbande der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, beizutreten, der heute bereits in über 100 Städten Deutschlands seine Mitglieder hat und ein fester Schlagwall gegen die Willkür und Unterdrückung unserer Arbeitgeber ist.

Der Verband beschreibt: Bessere Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Bäckereiarbeiter, Belebung der Nachtarbeit in unserem Berufe, Regelung der Arbeitsvermittlung und des Herbergswesens, sowie Einschränkung der übermäßigen Lehrlingszüchterei und allgemeine Bildung und Erziehung der Mitglieder durch regelmäßige Vorträge in Versammlungen und Bekanntmachung von lehrreichen Büchern.

Das Eintrittsgeld in den Verband beträgt 50,-, der wöchentliche Beitrag 50,-.

Dafür gewährt der Verband den Mitgliedern folgendes: Die wöchentlich erscheinende Fachzeitung "Deutsche Bäckerzeitung" wird den Mitgliedern gratis geliefert.

Jedes Mitglied des Verbandes, welches 3 Monate dem Verbande angehört und seine Beiträge entrichtet hat, ist berechtigt, Rechtschutz in gewerblichen und sozialen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Alters- und Invaliditätsversicherungs- und Krankenversicherungsgesetz beziehen, oder in welche sie infolge ihrer Verbandsmitgliedschaft geraten. Wie auch bei Anklagen wegen Beleidigungen gegen § 159 der Gewerbeordnung zu verhandeln.

Mitglieder, die mit Genehmigung des Verbandsvorstandes die Arbeit einstellen, um ihre Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern, erhalten pro Woche mindestens 8,- M — derzeitigste bis zu 14,- M — Streikunterstützung.

Zu derselben Weise werden Mitglieder unterstellt, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gemacht wurden.

Außerdem gewährt der Verband Arbeitslosen- oder Reise-Unterstützung bis zur Dauer von 42 Tagen im Jahre unter folgenden Bedingungen: Nach

52wöchiger Mitgliedsch. pro Tag 1,- M bis 42,- M i. J.

156,- " " 1.20,- " 50.40,- "

260,- " " 1.50,- " 63,- "

Ferner nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft im Erkrankungsfalle (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag 1,- M Gruppenzusch. dersel. im Sterbefalle eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 30,- M. nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft 50,- M.

Der Verband leistet also den Mitgliedern in allen Notfällen Unterstützung, deshalb werdet Mitglied desselben.

Es wurden an Unterstützung gewährt:

Im Jahre 1903 1904 1905 1906
M 24.216.20 M 32.250.20 M 45.845.40 M 49.935.-

Zusammen M 151.246.80.

Diese bedeutende Summe hat der Verband in den letzten vier Jahren an seine arbeitslosen, reisenden und kranken Mitglieder und an die Angehörigen verstorbener Mitglieder an Unterstützung bezahlt.

Verbandsmitglieder! Mit diesen Leistungen der Organisation muss auch bei dem Gleichgültigsten die so oft nachgebotene Ausrede, „es nützt ja doch nichts“, verschwinden, deshalb entfaltet überall eine rührige Agitation und werbet unablässig neue Mitglieder für unsere Organisation!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. Allmann.

Gewerkschaftssektoren und freibrecherisches Heidentum.

„Die Götter stehen auf Seite des Stärkeren.“

Tacitus.

Drei Stiere wedeten miteinander. Ein Löwe wünschte sich dieselben zur Beute, trug aber wegen ihres einzigen Beisammenseins doch Bedenken; nachdem er sie jedoch durch Schmeichelreden an verschiedene Plätze gelockt, sei er die Vereinzelten Stück für Stück an und verzehrte sie ohne Gnade.

Diese alte Fabel, welche einst der alte griechische Sklave Aesop seinen Zuhörern zum besten gab, verleugnete ihre Wirkung nicht; seine Mitläufer wurden nachdrücklich und glaubten sich zusammen. Vereint waren sie eine Macht, mit der ihre Unterdrücker rechnen mussten; vereinzelt waren sie wehrlos wie jene Stiere gegen den skopischen Löwen. —

„Teile und herrsche!“ Das war zu allen Zeiten der Grundzäh, nach welchem gewalttätige Machthaber gehandelt haben, nicht nur die antiken Römer gegenüber den unterjochten Völkern brachten den Wahlspruch: „divide et impera!“ zur Geltung, auch spätere politische Machthaber erinnerten sich dessen; es sei hier nur an die fünfzig geübten Eisenschütteln der verschiedenen österreichischen Völkerstaaten erinnert, unter dem weiland Metternich'schen Regime. Diesen politischen Grundzäh, wonach man, um den Widerstand einer Masse zu brechen, die letztere in einzelne Teile zu zerplätzen suchte, um leichter mit ihnen fertig zu werden — diesen Grundzäh haben sich auch die modernen Ausbeuter der „freien Arbeiterschaft“, die Angehörigen des kapitalistischen Unternehmertums zunehmend gemacht. Nicht nur im Großen, auch im Kleinen, kommt dieser schändliche Grundzäh so häufig zur Anwendung, jeder unsichtige Beobachter, der längere Zeit um Lohn gearbeitet hat, wird dies bestätigen können. Diese schändige Ausbeutertat kommt des öfteren schon bei ganz kleinen Szenen, die zwei oder drei Geellen oder Gehülfen bewältigen, zum Vorschein, modis der Meister nicht, so macht es die „Frau Meisterin“. Sie dümmert und neidischer je austobtamer und eisernechter hier die Ausbeutungsobjekte sind, je leichter kommt der Ausbeuter zum Ziel, das immer dahin geht, für wenige Cents mehr die Arbeitsskraft einzuholen.

Austandschalber nennt man das dann „Arbeitsfreiheit“ oder „freies Spiel der Kräfte“, ein „Spiel“, bei dem sich die „Kräfte“ gegenseitig aufreißen. In solchen Arbeitsstätten sehen es die Unternehmer und Arbeitgeber dann am liebsten, wenn die helle Zwietracht unter ihren Lohnsklaven herrscht; wenn niemand dem anderen traut. Unter solchen Umständen kommt das „Teile und herrsche!“ am ehesten zur Geltung. Nicht immer glückt es freilich der Unternehmer, so sehr mit ihrer Gaunerart, am wenigsten dort wo die gefundne Menschenverwurst bereits über die Dummetat gesiegt hat, wo die Lohnarbeiter gleich den Stieren in der Fabel Aesops die Gelüste des Löwen gewittert und sich in der Organisation zusammengeraten haben.

„Eintracht macht stark!“ Dieser alte Wahlspruch hat sich zu allen Zeiten bewährt und nicht mit Unrecht nannten die alten Philosophen die „Eintracht“ eine häusliche Tugend. „Die einträchtig lebenden Geschwister verteidigen sich wechselseitig gegen alle Unterdrückung, sie helfen einander in ihren Bedürfnissen, stehen sich bei in Unglücksfällen und sichern so ihr gemeinsames Dasein; da hingegen unzählige Geschwister, von welchen jedes keinen persönlichen Brüder überlassen ist, alle Nachteile der Vereinzlung und der individuellen Schwäche zu überstehen haben.“ Mit diesen Worten kennzeichnet der französische Philosoph Volney in seiner Schrift „Das natürliche Gesetz“ die wirkungslosen Folgen häuslicher Eintracht, welche auch außerhalb der Famillie in jedem Lebensverhältnis Geltung behalten.

Sinnreich drückte dies jener sächsische König aus, indem er auf dem Totenbett liegend, seine Kinder herbeirief und ihnen befahl ein Bündel Pfeile zu zerbrechen. Als die Jünglinge, so stark und rüstig sie auch waren, es doch nicht vermochten, nahm er das Bündel, löste es auf und zerbrach mit den Fingerspitzen jeden einzelnen Pfeil. „Dies“, sagte er zu ihnen, sind die Folgen der Zersplitterung; zu einem Bündel vereinigt, werdet ihr unüberwindlich sein; jeder von euch vereinzelt, wird zu zerbrechen sein, wie ein Schießrohr.“

Dies mögen sich auch unsere Berufsgenossen merken, die immer noch vereinzelt im Kampfe um das liebe „Dasein“ stehen, die entweder zu stolz oder zu dummkopf sind, ihre persönliche Ohnmacht gegenüber dem kapitalistischen Unternehmer zu begreifen.

„Teile und herrsche!“ Nach diesem Grundzäh handelt das Unternehmertum; hier lag zu allen Zeiten das Mittel zur Entmenschung der Massen, zur Schwächung ihrer quantitativen Übermacht. Sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung hat die Bevölkerung dieses Grundzähes dem Unterdrücker stets die Übermacht verliehen, es war das

wirtschaftliche Mittel, um die ihre Menschenrechte verteidigen, den Massen zu besiegen.

Auch unsere heutigen Vertreter des Kapitals und des Grundbesitzes haben alle Ursache, dahin zu streben, daß die Proletarier, die Repräsentanten, die schaffenden Kräfte im Volke unter sich uneins werden, sich untereinander aneinander.

Wie deneinst im Olymp der griechischen Götter, rollt der „Apfel der Zwietracht“ heute wie damals den trojanischen Krieg — den wirtschaftlichen Krieg anscheinend. Die ungebildete Masse, anstatt die Absicht zu merken, fällt sich aus blödem Unverständ, in religiösem oder politischem Fanatismus gegenseitig an, so in bester Weise die Geschäfte ihrer Gegner, der Ausbeuter, befördend.

Was ist es denn weiter, als rügiger Blödmann, wenn Berufsgenossen sich wegen persönlicher Privatausschauungen, die je nach den Umständen ihre Berechtigung haben können, feindlich gegenüberstehen, während die Gegner ob dieser Zwietracht sich vergnügt die Hände reiben. Was nicht genug, wenn uns die Streitbrechergesellschaft bei jedem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Rücken fällt oder auf den Leib gesetzt wird? Müssten sich die organisierten Berufsgenossen noch betrocken und zum Gaudium der Gegner in den Horeen siegen, weil der Eine nicht genügt, um alle andere?

Dies legen sich namentlich die unschönen Dogmatiker und politischen Rechtmäcker gelöst sein lassen. Religiöse und politische Anstrengungen können die Eintracht und die Zusammengehörigkeit unter den Berufsgenossen nicht fördern, im Gegenteil, wir befürchten damit die Geschäfte des Unternehmertums, das bei jeder Gelegenheit versucht, die religiösen und politisch verschieden getümten Gewerkschaftsorganisationen gegeneinander auszuspielen, wie wir dies schon bei so vielen Lohnkämpfen erlebt haben, die verloren gingen durch die Zersplitterung in allerlei religiöse und politische Gewerkschaften, nebst streitbrechenden Heiden, die weder das Eine noch das Andere sind. „Hinein in die Gewerkschaftsorganisation, ohne jedwedes Bekenntnis, ohne Beichte und Absolution!“ Das muss zunächst unsere Parole sein. Jeder muss uns hier recht sein, soweit er es ehrlich mit den Berufsgenossen und deren Bestrebungen meint und die wirtschaftlichen Interessen als Teil eines Ganzen zu fördern bereit ist.

Wir dürfen nicht päpstlicher sein wollen als der Papst: wie müssen in religiösen und politischen Dingen Toleranz üben, d. h. Gewissensfreiheit walten lassen. Eine Organisation, deren Glieder durch wirtschaftliche Interessen zusammengezweckt, fest zu einander hält, wird dann, trotz der Verschiedenartigkeit in abstrakten Dingen den teilschen Grundzäh des kapitalistischen Ausbeutertums „Teile und herrsche!“ zunichte machen. Eine solche Organisation sieht wie ein Mann im Kampfe um die wirtschaftlichen Interessen und alle Versuche, Eintracht zu rufen, werden verzerrt an der Festigkeit einer solchen zielbewußten Brüderlichkeit.

Verbandstag.

Zu Cassel tagte vom 10. bis zum 13. März die 11. Generalversammlung unseres Verbandes. Da das Protokoll des Verbandstages jedem Mitgliede in Broschurenform zugezeigt werden wird, begrüßen wir uns, in Kürze die wichtigsten Beschlüsse und Erörterungen zu bringen und entnehmen deshalb folgenden Bericht dem „Casseler Volksblatt“:

Erster Verhandlungstag.

Der Saal auf dem Hinkenberd, in dem heute nachmittag 2 Uhr die 11. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen zusammentritt, ist stimmungsvoll dekoriert. Neben der Bühne prangt in großen Lettern Marx' Ruf an die internationale Arbeiterschaft: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Auf dem Verbandstag sind anwesend außer 8 Mitgliedern des Hauptvorstandes, einem Vertreter des Ausschusses, dem Redakteur des Fachblattes, 59 Delegierte und zwei Gauleiter. Als Vertreter der Generalversammlung der Gewerkschaften ist Genosse Knoll anwesend.

Wälder-Cassel begrüßt den Verbandstag namens der Mitgliedschaft Cassel. Er wünscht, daß die Handlungen einen guten Verlauf nehmen und dem Verbande zum Vorteil gereichen möchten.

Vorvorsitzender Altmann eröffnet die Generalversammlung mit einer Schilderung der sozialen Bewußt- und Organisationsverhältnisse. Zum ersten Male tagen wir in einer mitteldeutschen Stadt, deren Verhältnisse geradezu typisch sind für die umliegenden Provinzen. Trotz der verhältnismäßig gut entwickelten Arbeiterbewegung liegt die sozialistische Organisation in Mitteldeutschland noch sehr zurück. Schon vor langer Zeit wurde in Cassel eine Mitgliedschaft gegründet, die aber unter der Umgebung des Verbandsstags bald wieder einging. 1888 wurde die Filiale zum zweiten Male wieder errichtet, und nachdem sie wieder eingegangen, 1892 zum dritten Male. Auch diese letztere Gründung wurde 1899 wieder zu Grabe getragen. Seit 1903 gelang es, die Mitgliedschaft nicht nur zu halten, sondern in ihr die Hälfte aller am Tage beschäftigten Kollegen zu vereinigen. Ein Streit ging verloren, seitdem aber doch nennenswerte Verbesserungen. Wir wollen hoffen, daß der Aufschwung in Cassel noch ein besserer wird und dieser auch auf die Agitation in der Umgebung günstig einwirken wird. Der Lehrungsstückerei müsse in erster Linie hier der Krieg erklärt werden. Schärfer wir unsere alten Waffen, finden wir neue, dann wird der in Aussicht stehende schwere Kampf mit Erfolg bestanden werden.

Die Mandatsprüfungskommission wird zusammengelebt aus Hirschold-Berlin, Freitag-Berlin, Vollmeier-München, Strobel-Frankfurt und Lehmann-Hamburg. Der Kommission wird aus der Redaktion der Anträge auf Stadtänderung übertragen.

Glückwunschschreiben seien. - Telegramme sind eingelaufen vom österreichischen Verband, vom internationalen Verband in London und den zahlreichen Spremberg, Frankfurt a. O. und Königsberg. Es soll von 8-12 und 2 bis 6 Uhr gelagert werden.

Bei der Verteilung werden Altmann-Hamburg und Banzel-Frankfurt a. M. zu Vornständen, Bels-Lübeck und Schaffhausen zu Schriftführern bestimmt.

Die Mandatsprüfungskommission beantragt, sämtliche 29 Mandate für gültig zu erklären und den Protest gegen die Wahl des Cäsar's Delegierten zurückzuweisen. Was geschieht?

Allgemein beginnt die Berichterstattung des Hauptvorstandes. Er verweist auf den vorliegenden Bericht (dessen wesentliche Daten wir bereits wiedergegeben). Erstens ist bei der vorerst die Mitgliedschaft in der Verbandszeit. Bei der Wohnungsbau Entwicklung, wie z. B. nach dem großen Berliner Streik, sei nichts proponiert worden, weil nach dem Abschluß der Demonstration die Verhandlungen groß waren. Auch im Berichtsjahr sind so viel Mittel für die Agitation ausgewandert worden, wie in kaum einer anderen Organisation. Der Herausgabe von schriftlichem Agitationmaterial und der Ausstellung von besoldeten Versprechern kommt in weitgehendem Maße entsprochen werden. Freilich war es nicht immer leicht, die geeigneten Personen für die leichten Posten zu finden. Die Erfolge sind nicht überall gleich gewesen, weil oftmals die Mitglieder nach der Ausstellung von Versprechen auf die sozialen Kontakte und immer die Arbeitgeber verachteten, die Mitglieder gegen die Arbeitgeber einzugehen. Das Hauptaugenmerk in der Agitation muß in Zukunft auf die größeren Städte und Industriezentren gerichtet werden. Die Verhandlungen mit dem Verband der Kaufleute wegen Verhandlung und jenseit geblieben, doch mit dem 1. Juli der Zusammenstellung wird erfolgen können. Redner begründet weiter die Forderung auf Ausstellung von zwei weiteren Beamten im Hauptbüro und berichtet über Verhandlungen in Magdeburg, sowie die Abschlüsse von Bielefeld und Goslar.

Zum Auftaktbericht erläutert Hauptvorsteher Friedmann. Die finanzielle Lage im Verband ist gesättigt und es könnte allen Ansprüchen genügen werden. Zu berichtigten ist die Summe des Überschusses von 52 288,50 M. Eine Statistik über den in den Mitgliedschaften vorhandenem Kapitalwert ergab große 15 000 M.

Es folgt der Bericht des Rechenschaftsberichts über das Jahr. Das Blatt möge infolge Steueraufregung am 3. Seite umfang ausgedehnt werden. Dem Antrage auf Abstand sozialpolitischer Abhandlungen zu entsprechen, wird sich entscheiden.

Nach dem Bericht des Ausschusses durch Gähler-München und der Bezeichnung der Anträge zum Vorbericht berufen die Verhandlungen am Montag 8 Uhr fortgesetzt.

Zweiter Verhandlungstag

Es wird in die Diskussion über den Bericht des Hauptvorstandes eingetreten.

Dietrich-Cöln befürwortet die Herausgabe einer Broschüre gegen die gelben Fabrikarbeiter. Die Berichtigung vieler überzähliger Verbandsberichte und eventl. aus der Zukunft keine entziehen. Redner befürchtet das Verhalten des Verbandes in den Süden Groß und Sachsen.

Ritter-Saath vertritt, daß die Betriebsleiter nur auf Anforderung der Mitgliedschaften eingesetzt werden. Mit dem gelben Band solle man nicht viel Gedanken machen.

Schäfer-Dresden gründet das Vorbericht nicht. Das Vorbericht muss unbedingt eingesetzt werden. Redner fordert die Berichtigung mit den Ressorten. In jenem Gebiet Schäfer bemüht sich um die Arbeit in den Betrieben bei Sachsen. Das habe einmal zu Unzufriedenheit geführt. Das in Sachsen-Sachsen den Ressort gegen die Christlichen mit Absicht auf Erfolg führen zu lassen, sei nicht bei der Agitation des Ressorts gegen die Sozialdemokratie zu betonen.

Schäfer-Dresden: Gegen die weitere Herausgabe von Broschüren sei nichts eingesprochen. Bericht sei die Arbeit des Betriebsleiters zu überlassen. Die Kosten des Betriebsleiters seien beträchtlich, gute Leistungsergebnisse seien das erste Ergebnis an einer klärenden Organisation. Die Arbeit und Errichtung der Ressort sollte nun stehen. Redner befürchtet es über die Wiederholung rücksichtsloser Gewaltakten von Berlin durch den Verband und haben die Stellung des Verbandsausschusses gegen das Gewaltaktenkomitee für nicht befriedigend. Der Ressort gegen die Sozialen Partei kann nicht einfach auflassen, weil die sozialen Partei der Zeitung ihrer Ausrichtung gegenüber keinen Nutzen kann. Die Errichtung der Ressort sei bereit, insbesondere erwartet die Wiederholung der Ressort zur Errichtung der Ressort.

Strobel-Frankfurt fügt aus, daß Redner für die Wahl der Zeitungswahl zu sprechen. Redner hält den

Ausschluß Rostings für zu hart, den Ausschluß von Groß für gerechtfertigt; dieser habe sein Schicksal selbst verschuldet.

Göte-Oberfeld gefallen die Konkurrenz im allgemeinen nicht. Die Wiederaufnahme Rostings könne er nicht empfehlen, trotzdem dieser ihm gebeten habe, für ihn zu sprechen.

Von-Frankfurt a. M.: Die Grenzstreitigkeiten mit dem Transportarbeiter- und Fabrikarbeiterverband schaffen manchen Verdruss. Er empfiehlt Kartellverträge. Mit der Ausstellung von Bezirksleitern solle man einmal einhalten. Die Berichte der Generalkommission sind für unser Fachblatt zu umfangreich. Mit 6 Seiten sei das Blatt umfangreich genug, die Ergebnisse solle man zur Verhinderung von Agitationsmaterial aufwenden. Redner vermittele eine Stellungnahme der Mediation zur Mitarbeiter und zur Generalstreitfrage. Kleine Broschüren halte ich für die Agitation geeignet. Um den Leitern sozialistisches Material zu verabreichen, durfte sich die Herausgabe eines Jahrbuches empfehlen.

Klein-München meint, die Rälatoren sollten in katholischen Gegenden besonders vorsichtig sein, wenn sie gegen Christliche über Religion reden und möglich den Angestellten mehr Courage.

Knoll-Berlin (von der Generalkommission) äußert sich zur Sichtung des Fachblattes. Er habe dasselbe im Verhältnis recht inhaltsreich gefunden. Die Stellungnahme gegenüber politischen Aktionen sei schwierig. Santes erwidert er, daß in den Berichten der Generalkommission das von diesem gewünschte Agitationsmaterial enthalten sei.

Brügger-Karlsruhe empfiehlt, bei den Verhandlungen berücksicht den Zusammenschluß mit den Konditoren auch des Müllerverbandes zu gedenken. Einem allgemeinen Verband der Lebensmittelarbeiter zu schaffen, empfiehlt sich. Die Einigung der Zahnstellen im Fachorgan unterbleibe besser, weil die Unternehmer Kapital daraus schlagen.

Fernau-Leipzig wünscht im nächsten Geschäftsbericht Aufschluß, wieviel Kapital Mitgliedschaften in Brotbäckern angelegt haben, und ist mit der Aufnahme der Halleischen Gewerkschaftsbäcker sowie der eigenmächtigen Ausstellung des Chemnitzer Beamten nicht einverstanden.

Hechold-Berlin begrüßt den Antrag auf Herausgabe eines Jahrbuches. Gegenüber den gelben Gewerkschaften dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Die Erörterung politischer Themen im Fachblatt dürfte sich nicht empfehlen.

Reitzen-Berlin ist mit der Entfernung des Verbandes nicht sehr einverstanden. Die ungeheure Fluktuation muss abgestellt werden.

Pietzschmann-Dresden hält 24 Beamte für den Verband zu viel. Unsere Mitgliedschaft wünscht die Wiederaufnahme Helmholz's.

Freitag-Leipzig wünscht, daß vorläufig mit der Beamteneinstellung Schluß gemacht werde, umso mehr, als für die bevorstehenden Rämpfe Mittel bereit gehalten werden müssen.

Bauer-Landsberg teilt mit, daß in den bayerischen Mitgliedschaften obligatorisch Sozialunterstützungskassen eingerichtet sind. Redner warnt, die Abfassung der Flugschriften und Prospekte den Mitgliedschaften zu überlassen.

Ottenscher-Regensburg glaubt, daß man der Inflation entgegentreten sollte, wenn den Arbeitlosen die Rente gestundet würde und besteuert die Sozialkasse.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Altmann erhält das Schlüssele. Er stellt ohne Widerspruch zu finden, seit, daß die Debatte wesentliche Ausschließungen an der Tätigkeit des Hauptvorstandes nicht ergeben hat. Der Bauschaden der Mitgliedschaften soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Er bittet, den Antrag Dresden abzulehnen. Die Aufnahme der Halleischen Gewerkschaft war ein Gebot der Pflicht. Die Grundsätze für die Berichtigung mit dem Verband der Konditoren sind bereits anerkannt; die Konditoren werden demnächst durch Nachprüfung entschieden. Die Berichtigung mit den Müller sind der Vorstand aus sozialen Gründen jetzt nicht für angebracht.

Nach den Schlusworten von Friedmann und Heeren und verwandten Bemerkungen folgen die Abstimmungen über die gestellten Anträge.

Der Antrag auf Herausgabe eines Jahrbuches wird dem Vorstand zur Berichtigung übertragen. Der Antrag Frankfurt, den Mitgliedschaften die Herausgabe den lokalen Verhältnissen entsprechend Flugschriften zu überlassen, wird abgelehnt. Der Antrag Grimmaischen, zu einer Zeit Flugschriften gegen die Lehrungsstückerei herauszugeben, wird angenommen; ebenso der Antrag Leipzig, die Berichtigung durch Artikel sozialwissenschaftlichen Inhalts zu erfordern. Über die Anträge von Helmholz, Weiß und Ritter zur Wiederaufnahme geht der Verhandlungstag zur Logeordnung über.

Altmann spricht jedoch in einsätzigen Ausführungen über: „Unsere Sozialbewegungen und Streiks“. Er berichtet aus in seiner Rede auch mit dem Streit der Frankfurter Bäcker im Jahre 1905.

Dritter Verhandlungstag

Heber dos gestrige Rektor von Altmann zum Punkt: „Unsere Sozialbewegungen und Streiks“ bei noch nachgetragen: Die Bewegungen im Jahre 1905 waren reichlich; jüngst jüngst statt in Dresden-Bautzen Grand, Nürnberg, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart, Weißbach, Hamburg-Wilhelmsburg, Schwerin, Regensburg, in den Frankfurter Betrieben, Sachsenheim, Hochst, Offenbach, Bühlernburg, Mainz-Ludwigshafen, Stettin, Görlitz, Köln, Breslau, Bütgen und Strasburg. Unheilvoll zahlreich auch in bezug auf die Zahl der Beteiligten, waren die Bewegungen im Jahre 1906: Stettin, Braunschweig, Thorn, in den Bergisch-Märkischen Betrieben, Wünzen, Landsberg, Landespolizei, Straubing, Hemmingen-Weltlin, Berlin, Magdeburg, Danzig, Bremen, Eisenberg, Neukölln, Bensberg, Lüdenscheid, Bochum, Geesthacht, Düsseldorf, Speyer. Heiner verbreitet sich alsdann über den Konflikt in der Halleischen Gewerkschaftsbäcker. Und ihm sei die Lehre zu ziehen, daß bei Konflikten in solchen Betrieben die Stärke der Arbeitnehmerseite gezeigt werden müsse. Weil in den meisten Fällen die Lebensmittelversorgung eines Teiles der Arbeiterschaft von dem Betriebe der Genossenschaftsbäcker abhängt, ist obzwar die Anwendung der leichten Waffe, weil zweckmäßig, nicht entbehrenswert. Im allgemeinen ist aus den Ergebnissen der Rämpfe die Lehre zu ziehen, daß alles zusammen müssen müsse, um Streiks zu verteidigen und den Abschluß guter Tarife zu erlangen.

Um dies möglich zu machen, wird es gut sein, nicht zu weitgehende Forderungen zu stellen. Der Tarifabschluß vor dem Gewerbege richt sei in der Regel am besten.

Es wird beschlossen, nacheinander noch die Materie über die Punkte 6 bis 8 zu hören und über dieselben gemeinsam zu diskutieren.

Redakteur Heeren spricht über Minimal- oder Klassenlöhne? Er führt u. a. aus: Das System der Klassenlöhne ist zu überwinden, weil dasselbe die uralte Erinnerung der Verachtung der jüngeren Kollegen im Gefolge hat und die schädliche Konkurrenz unter den Arbeitern zeitigt. Wenn Rämpfe geführt werden, sollen sie allen Verbandsangehörigen Vorteile bringen. In Hamburg-Altona sind gute Erfolge erzielt worden mit der Aufhebung der Klassenlöhne und Einführung des Minimallohnes; der Durchschnittslohn ist erheblich gestiegen. Den Streben der Fünfungsmeister die Minimallöhne für alle Arbeiter in Anwendung zu bringen, muß durch Auflösung entgegengewirkt werden. Der Minimallohn zeitigt die Tendenz zur Erreichung des Höchstlohnes. Noch mehr als das System der Klassenlöhne ist die Entlohnung der Bäcker nach dem Höchstlohnverhältnis der Betriebe zu verurteilen. Prinzipiell sollte ein zeitlicher Minimallohn verlangt werden.

Hierauf folgt das Referat von Gähler-München über „Die Verkürzung der Arbeitszeit und der wöchentliche Ruhetag“. Redner behandelt die Materie mit Gründlichkeit und begründet die Forderung der Arbeiterschaft mit Urteilen der Hygieniker, Wissenschaftler und Volkswirtschaftler. Mit der Arbeitskraft müsse der Arbeiter vornehmlich haushalten. Ruhe sei das beste Mittel zur Erhaltung dieser wertvollen Kraft. Die Länge der Arbeitszeit ist ein Gradmesser der Kultur. Die Frage, ob auch im Bäckerberuf die Arbeitszeitverkürzung nötig und möglich sei, wird bejaht werden. Die überhandnehmende Arbeitlosigkeit macht die Verkürzung zur Notwendigkeit. Auch die Abschaffung der Sonntagsarbeit müsse nachdrücklich gefordert werden. In rheinischen Orten sei dieser unchristliche und allen hygienischen Forderungen widersprechende Nebelstand bereits bestellt. Zugleich sei Brot besser zu verdienen und gesunder sei, als früheres. Da von der Regierung gelehrte Maßnahmen nicht zu erwarten seien, müsse man energisch den Weg der Selbsthilfe beschreiten.

Hechold-Berlin referiert über: „Die Bekämpfung der Lehrungsstückerei in unseren Lohnbewegungen“. Die Lehrungsstückerei sei der Krebskrankheit des Bäckerberufes. Die bisherigen Arten der Agitation dagegen hätten nur bedingten Erfolg. In Ostwestfalen besteht ein schreitendes Mißerhältnis zwischen Gehüßen und Lehrlingen. In einem pommerschen Stadt wurden bei 7 Gehüßen 115 Lehrlinge gezählt. Die gewissenlosen Lehrlingslieferanten, die in Schlesien oft unter Vorwegelung falscher Tatachen Berlin mit Lehrlingen versorgen, müsse man genau auf die Finger lehnen. Von den Handwerksschulen, denen die Berechtigung zur Einschränkung übermäßiger Lehrlingshaltszahlung gegeben sei, könne man gar nichts erwarten. Neben den Eingaben an Behörden und Handwerksschulen sei die Selbsthilfe Hauptfache. Bei Tarifabschlüssen müßte auch eine Lehrlingskasse zur Anerkennung vorgelegt werden.

Den Nachmittag füllt die Debatte über die Referate zu den Punkten 5 bis 8 aus. Strobel-Frankfurt verbreitet sich über den dortigen Konflikt 1905. Altmann-München sagt, der Anwendung des Brotlots sei mehr Beachtung zu schenken. Pietzschmann-Dresden verlangt die Aufhebung der Bestimmung des Statuts, nach der bei Lohnkämpfen solche Gehüßen, die zu neuen Bedingungen arbeiten, ein Gehalt in die Streikfalle ziehen müssen. Redner plädiert für Stundenlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit in Großbetrieben. Strobel-Mannheim warnt vor Abschluß von Tarifen mit langer Frist. Man dürfe nicht über zwei Jahre gehen. Es folgen Kahl-Leipzig, Ottenscher-Regensburg, Kicker-Homburg, Dötscher-Hamburg, Fischer-Dortmund, Dietrich-Cöln, Reichsmar (Hauptverwaltung) und Friedrich-Halle. Hand-Essen erhält um einen Protest gegen das Eingreifen der Militärbehörden in Lohnkämpfe durch Lieferung von aktiven Soldaten zu Streikbrecherdiensten.

Es findet folgende Resolution einstimmige Annahme:

„In Erwägung, daß durch das in den meisten Bäckereien Deutschlands noch übliche Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber

1. den Meistern ein Mittel in die Hand gegeben ist, daß ihnen und ihren Arbeitern auch außerhalb der Arbeitszeit stets zu kontrollieren, hierdurch aber die Arbeitnehmer in ein Abhängigkeitsverhältnis von ihren Arbeitgebern gedrängt werden, das geradezu menschenunwürdig erscheint;
2. von einem nur einigermaßen stabilen Arbeitsverhältnis in den Bäckereien keine Riede sein kann, weil gerade durch dieses System die meisten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses führen;
3. durch dieses System eine genaue Kontrolle der Bäckereien besteht. Einhaltung der Sonntagsruhe, wie der Bundesstaatsverordnung vom 4. März 1896 betr. des Maximalarbeitsstages und der in verschiedenen Landesteilen und Städten erlassenen Befehlen über innere Einrichtungen und den Betrieb von Bäckereien unmöglich gemacht wird und

4. gerade durch das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber der sprudelnd gewordenen Unzufriedenheit in den Bäckereien Bockhub geleistet wird, macht es die 11. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker Deutschlands ihren Bäckereien zur Pflicht, überall da, wo die Kollegen gut organisiert sind und man mit Sicherheit auf Erfolg rechnen kann, zu günstiger Zeit in eine Bewegung einzutreten, um mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber abzuschaffen. Wird durch andere Ursachen in irgend einer Stadt ein Kampf gegen unsere Arbeitgeber hervorgerufen, so soll auch darauf Bedacht genommen werden, diese unjäre Hauptforderung mit zu erreichen.“

Durch rege, forschende Lehrengung und Agitation sind unsere Mitglieder, wie die unserer Organisation noch fernstehenden Massen über die unsere Gesundheit und wirtschaftlichen Interessen schädigenden Uebel, die durch das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber herverursachen werden, aufzuläutern.

Um Stelle der teilweisen Entlohnung in Naturholzien hat der Bäcker zu treten, und müssen unsere Forderungen überall darauf gerichtet sein, einen Mindestwochenlohn für leichte Arbeit festzusetzen, um die von den Arbeitgebern systematisch geforderten Klassenlöhne mit unverhältnis-

möglich großen Unterschieden zwischen verantwortlichen und jüngeren Kollegen, welche das größte Hindernis von wirtschaftlicher Solidarität der in den einzelnen Betrieben zusammen arbeitenden Kollegen bilden, zu beseitigen.

Jede Festsetzung bestimmter Löhne für verantwortliche Posten und noch mehr die Klassifizierung der Bäckereien nach ihrer Größe in verschiedene Lohnklassen ist möglichst zu vermeiden.

In solchen Städten, wo das Post- und Logistikweisen beim Arbeitgeber bereits ganz oder doch teilweise befehligt ist, haben die Zahlstellen alles aufzubieten, um die Mitglieider von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen, und ist das Bestreben darauf zu richten, ohne Rücksicht darauf, ob die durch die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 festgelegte Arbeitszeit in bisheriger Weise erhalten oder durch eine neue Verordnung unverändert wird, eine zeitgemäße Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden herbeizuführen. Gleichen Schritt muss in solchen Gegenden und Städten (in Rheinland und Westfalen), wo nur teilweise Sonntagsarbeit üblich ist, das Bestreben halten, dieselbe gänzlich zu beseitigen, wie auch in allen anderen Landesteilen für jeden Kollegen pro Woche ein freier Tag mit 8 stündiger Ruhepause zu fordern ist.

In allen mit elementarer Kraft arbeitenden Großbetrieben, desgleichen solchen, welche heute schon mit mehreren Arbeitsstufen arbeiten, ist die nächstliegende Forderung: sechs Arbeitsstufen pro Woche à 8 Stunden (inkl. 20 Minuten Essenspause).

Bei unseren Lohnkämpfen muss unser Streben auch darauf gerichtet sein, dem übermäßigen Halten von Lehrlingen in unserem Berufe durch entsprechende Forderungen zu steuern, wie auch überall danach getrachtet werden muss, die Arbeitszeit der Lehrlinge noch mehr als dies schon durch die Bundesratsverordnung von 1896 geschehen ist, zu verkürzen.

Ebenfalls muss durch die Gesellenausschüsse bei den Handwerkern alles versucht werden, daß dieselben die Höchstzahl der zu haltenden Lehrlinge festsetzen.

Obgleich die Generalversammlung die Befestigung der Nacharbeit als ebenso dringend notwendig wie die Erhöhung obiger Forderungen anerkennt, ist sie doch überzeugt, daß diese Forderung sich nur auf geistlichem Wege verwirklichen läßt.

Ein Antrag Breslau auf Aenderung des § 5 des Streitreglements dargestellt, daß die Unterstützung vom dritten Tage ab gezahlt wird und im Höchstfalle von 14 auf 16 M erhöht wird, wird angenommen. Weibliche Mitglieder sollen die Hälfte erhalten.

Kretschmer-Hamburg referiert über den Punkt 9: "Der Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien". Redner beschäftigt sich eingehend mit den Verhältnissen in den Genossenschaftsbetrieben. Er empfiehlt, den alten Tarif zu kündigen und den Tarifentwurf, welcher vom Verbandsvorstand ausgearbeitet ist, und den Delegierten vorliegt, anzunehmen.

Vierter Verhandlungstag.

Krohn-Hamburg begründet die von den Hamburger Kollegen gestellten Anträge und tritt besonders für den Antrag ein, in welchem für die Arbeiterausschüsse in den Genossenschaftsbetrieben mehr Rechte verlangt werden. Nachdem sich noch mehrere Kollegen zu dem neuen Tarifentwurf geäußert und Kretschmer in seinem Schlusshandlung nochmals für den Tarifentwurf des Vorstandes eingetreten ist, wird beschlossen, den bestehenden Genossenschafttarif zu kündigen. Der Tarifentwurf des Vorstandes wird darauf mit einigen Änderungen angenommen.

Zu der Verhandlung mit den Vertretern des Zentralverbands deutscher Konsumvereine über den neu einzuführenden Tarif, welche am 16. März d. J. in Magdeburg stattfindet, werden Allmann-Hamburg, Neumann-Leipzig und Wöhlers-Hamburg delegiert.

Über den Punkt 10: "Agitation, Bezirksenteilung und die Geschäftsführung in den Mitgliedschaften" referieren Lantkes, Kahl und Barth, welche in eingehender, lebhafter Weise die Materie behandeln. Die Anträge des Vorstandes zu diesem Punkte, welche die Gau- und Bezirksenteilung betreffen, werden angenommen.

Unter Punkt 11: "Anträge auf Statutenänderung", werden u. a. folgende Anträge angenommen: Die Auszahlung des Krankenzuschusses erfolgt ab 1. Juli 1907 unter denselben Voraussetzungen und nach den gleichen Unterstützungsstufen wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Die Bestimmungen im Artikel "e Krankenzuschuß" im Unterstützungsreglement werden in einer dem vorhergehenden Satz entsprechenden Weise geändert.

Bei weiblichen Mitgliedern den statutarischen Krankenzuschuß auf Wöchnerinnen auszudehnen. Die Sterbeunterstützung soll so weit ausgedehnt werden, daß auch beim Sterbefall der Frau eines Mitgliedes Sterbeunterstützung an dieses Mitglied ausbezahlt wird.

Als Delegierte zum internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Stuttgart werden Allmann und Gähnert gewählt. Zum internationalen Bäckerkongress in Stuttgart werden gewählt: Allmann, Gähnert, Lantkes, Kahl, Freitag, Kretschmer und Wöhlers. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress werden Allmann, Kahl, Lantkes und Heschold gewählt.

Die Festsetzung der Gehälter für die Angestellten des Verbandes wird dahin erledigt, daß die Vorlage des Verbandsvorstandes angenommen wird.

Als Sitz des Verbandsvorstandes wird wiederum Hamburg gewählt. Desgleichen wird beschlossen, den Sitz des Verbandsausschusses in München zu belassen.

Als 1. Verbandsvorsitzender wird Allmann einstimmig gewählt. Desgleichen Kretschmer als 2. Vorsitzender.

Als 1. Kassierer wird Friedmann einstimmig gewählt. Desgleichen Kahl als Sekretär und Heerten als Redakteur.

Als 2. Kassierer wird Bangemann einstimmig gewählt.

Als Gauleiter werden für den Gau Berlin: Heschold, für den Gau Frankfurt a. M.: Lantkes, für den Gau München: Gähnert und für den Gau Leipzig: Freitag einstimmig gewählt.

Auf Vorschlag des Verbandsvorstandes soll am Anfang der 2-jährigen Bestrebung unseres Verbandes die nächste Generalversammlung in der ersten Hälfte des Juni 1910 in Berlin stattfinden.

Lantkes gibt einen Rückblick auf die Arbeiten der Generalversammlung. Sie werden dazu beitragen, daß wir wiederum mit frischer Kraft in den Kampf für unsere Ziele eintreten können, um endlich auch für die Bäckereiarbeiter Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen,

die es ihnen ermöglichen, als Menschen unter Menschen leben zu können.

Mit der Ermachung nun nach den Beschlüssen zu verfahren und alle Kräfte für die Ausbreitung und innere Stärkung unseres Verbandes einzusehen, wurde die Generalversammlung abends 9 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bäckerverband geschlossen.

Bevor die Delegierten ihrem Heim zielten, wurde die Marschallaise angestimmt und mit Begeisterung sämtliche Verse gesungen.

Zur Lage des Arbeitsmarktes.

Die allgemeine Konjunktur auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt ist immer noch dieselbe wie seit Monaten schon und es haben sich bis jetzt keine weiteren Zeichen eingestellt, die eine schon mehrfach befürchtete Depression in greifbare Nähe gerückt hätten. Die Monate Januar und Februar prägen auf dem Arbeitsmarkt stets verhältnismäßig sile Monate zu sein, dies war auch in diesem Jahr der Fall, doch wurde insbesondere der Monat Januar durch Witterungsverhältnisse beeinträchtigt. Strenger Frost und Schneefall überall im Deutschen Reich legten das Baumgewerbe und die Erwerbsarbeit im Freien still, anderseits boten diese Witterungsverhältnisse zahlreichen ungelehrten Arbeitsträgern vorübergehend Beschäftigung.

Die Berichte über die Beschäftigung in den großen Industrien lauten für den Monat Januar fast übereinstimmend gleich gut, der Kohlenbergbau, die Eisen-, Stahl-, Maschinenindustrie, chemische und Textilindustrie hatten vollauf zu tun, in der elektrischen Industrie zeigte sich eine kleine Abschwächung. Der Geschäftszgang in der Holzindustrie war ziemlich ruhig, in der Waschindustrie, Konfektionsindustrie, Leder- und Schuhindustrie war im großen ganzen normaler Geschäftszgang, die Steinindustrie litt unter dem Einfluß der ungünstigen Witterung, Spiritus- und Branindustrie arbeiteten unablässig bedriegend. Was die Nahrungsmittelindustrie betrifft, so war die Geschäftslage in den Biskuit- und Keksfabriken günstig, in den Zuckerwarenfabriken verschlechterte sie sich seit Weihnachten.

Die Gestaltung der Arbeitslage in unserem Beruf ergibt sich aus den nachstehenden Ziffern. Vor diesen sei noch bemerkt, daß bei den deutschen Arbeitsnachweisen, die dem "Reichsarbeitsblatt" Berichte senden, im Monat Januar d. J. für männliche Arbeitssuchende rund 167 000 Suchen, rund 118 000 offene Stellen und 90 000 Vermittlungen, für weibliche Arbeitssuchende rund 37 000 Suchen, rund 54 000 offene Stellen und 27 000 Vermittlungen gegenüberstanden. Die Facharbeitsnachweise für unser Beruf zeigten gegen den gleichen Monat des Vorjahrs eine Abnahme der Arbeitsgesuche um 41, eine Abnahme der offenen Stellen um 129 und der besetzten Stellen um 203. Bei den einzelnen Facharbeitsnachweisen war die Vermittlungstätigkeit wie folgt:

	Arbeits-nachweis	offene suchende Stellen	besetzte Stellen
d. Bäckerinnungen Ostpreußens	85	55	55
des Centralvereins für A.-M. in Berlin, Abt. Bäcker	303	212	210
der Bäckerinnungen			
Concordia, Berlin	295	295	170
Germania I, Berlin	563	351	351
Germania II, Berlin	207	244	207
Frankfurt a. O.	37	29	29
Berlin	50	53	48
Stettin	110	68	68
Bösen	40	32	32
Breslau	228	182	182
Halle	131	85	85
Niels	41	25	25
Hannover	111	76	76
Frankfurt a. M.	97	40	40
Elberfeld	56	46	46
München	337	121	115
Nürnberg	43	20	15
Coburg	176	129	129
Dresden	194	138	138
Leipzig	238	226	219
Stuttgart	102	59	59
Freiburg i. B.	34	26	26
Heidelberg	36	30	30
Würzburg	80	51	51
Mannheim	99	64	63
Borzhheim	23	15	15
Darmstadt	43	59	43
Lübeck	42	19	18
Hamburg	566	428	428

Insgesamt standen demnach bei obigen Arbeitsnachweisen 4307 Arbeitssuchende 3118 offene Stellen und 2973 Vermittlungen gegenüber. Auf je 100 offene Stellen entfielen 138,1 Arbeitssuchende, während im Monat vorher auf je 100 Stellen 159,4 Arbeitssuchende kamen. Die Lage in unserem Beruf hat sich also wieder etwas gehoben, jedoch bleibt abzuwarten, ob diese Besserung nur zufällig eingetreten ist. Aus den Berichten der Arbeitsnachweise geht das nicht hervor, diese melden, so weit sie überhaupt über die Arbeitslage berichten, nichts bemerkenswertes.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

In Bremen fand am 3. März eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, welche die Forderungen beschloß, die an die Innungen gestellt werden sollten. Kollege Albrecht begründete als Referent die Forderungen. Der Beifall am Schluss der Rede bewies, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Gelben waren wieder mal in voller Schar erschienen, um den Bestrebungen des Verbandes entgegenzuwirken durch Verleumdungen. Auf die albernen Mätzchen der Gelben hier näher einzugehen, erübrig sich. Bezeichnend ist nur, daß der gelbe Häuptling, ein verheirateter Familienvater ist, der jetzt tüchtig auf den Verband, Brotfabriken und Konsumbäckereien schimpft, während er sich stark darum bemüht hat, in der hiesigen Konsumbäckerei Arbeit zu erhalten. Bald so, bald anders, wie es trifft. Kollege Liebster leuchtete ihm mit seinen Augen tüchtig beim. Als dann die Gelben sahen, daß für sie nichts abfiel, drückten sie sich schon vor der Abstimmung. Die Unwähenden nahmen einstimmig folgende Resolution resp. Tarifentwurf an: "Die heute am 3. März 1907 tagende öffentliche Bäckerergesellenversammlung beantragt das Bureau, folgende Forderungen an die Innungen einzureichen: 1. Post und Logis darf den Gefellen

im Hause des Meisters nicht mehr gewährt werden. Es wird zum Lohn ein Aufschlag von 12 M. wöchentlich bezahlt. Der Mindestlohn beträgt 22 M. pro Woche.

2. Die Arbeitszeit ist eine 12stündige, jedoch müssen den Gehüßen die nötigen Pausen zum Essen gelassen werden. 3. Überstunden sind zu vermeiden, sind sie nicht zu umgehen, so sind sie mit 40 S. pro Mann und Stunde zu bezahlen. 4. Für Ausküsse wird ein Mindestlohn von 4 M. pro Tag gezahlt. Bei längerer Dauer als eine Woche unterliegen die Ausküsse lösbar der freien Vereinbarung. 5. Der Arbeitsnachweis ist unverzüglich zu führen. Bevorzugungen und Verträge der Arbeitslosen nach der Organisationszugehörigkeit dürfen nicht stattfinden. Gleichzeitig dürfen auch die Gehüßen, welche nicht im Besitz eines Germania-Arbeitsbuches sind, vom Arbeitsnachweis nicht zurückgestellt werden. Den Gesellenmitgliedern der Bergbaus Ausschüsse steht das Recht der Kontrolle zu. 6. Der Lohn wird den Gehüßen am Schlusse der Woche ausgezahlt. 7. In Großbäckereien dürfen nur sechs Schichten wöchentlich geleistet werden. Für eine eventuelle siebente Schicht ist Überstundenlohn zu zahlen. In Weißbäckereien mit 4 und mehr Gehüßen ist jedem Gehüßen eine wöchentliche 30stündiger Ruhetag zu gewähren. In den übrigen Weißbäckereien darf des Sonntags vor 12 Uhr nichts mit der Arbeit begonnen werden. 8. Den Gehüßen ist ein Ankleideraum, Waschgelegenheit und ein verschließbarer Schrank während der Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen. 9. Zur Schlichtung von Differenzen wird eine aus drei Meistern und drei Gehüßen und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehende Kommission eingesetzt. 10. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden."

Das Bureau hat obige Forderungen an die Innungen gelassen lassen und erwartet bis zum Donnerstag den 14. März deren Antwort, ob die Herren Meister zu Verhandlungen bereit sind. Wollen die Meister den Frieden, so kann der neue Tarif schon zu Ostern abgeschlossen werden und mit dem 1. April sofort in Kraft treten. Die Forderungen sind sämtlich derartig, daß sie jeder vernünftige Mensch billigen muß. — Mit einem Hoch auf die Lohnbewegung wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen, halte den Zugang nach Bremen fern!

Am 27. Februar fand in Luckenwalde eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Heschold-Berlin referierte. Im ersten Punkt gab Redner einen Rückblick auf die im vorherigen Jahre stattgefundenen Lohnbewegung und freute sich, daß die Kollegen dem Verbande treu geblieben und deutet darauf hin, daß sie es auch fernerhin bleiben werden. Nachdem er noch einen interessanten Vortrag gehalten und an der folgenden Diskussion sich eine Reihe Kollegen beteiligt hatten, wurde die öffentliche Versammlung gelöst. — Zu der sich hieran anschließenden Mitgliederversammlung wurde zunächst über die nächsten Forderungen gesprochen und Beschluss gefasst. Die Forderungen lauten: 1. Befestigung des Post- und Logistikweisen und 21 M. Mindest-Lohn; 2. Einen Verbands-Arbeitsnachweis; 3. 12 Stunden Arbeitszeit; in den 12 Stunden muß eine Stunde Ruhepause gewährt werden; wenn nicht, muß die Stunde mit 50 S. bezahlt werden; jede weitere Überstunde muß mit 50 S. bezahlt werden; 4. Befestigung der Lehrlingschaffestellen. Die Forderungen wurden von den Kollegen einstimmig angenommen. Hierauf gab der Vorsitzende Kollege Gentlich den Bericht über den letzten Maskenball; dann wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am 14. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Bäckerversammlung. Zu dieser Versammlung waren der Innungsvorstand sowie der Vorstand der hiesigen Bruderkraft schriftlich eingeladen. Beide glänzten durch Abweisenheit. Als Referent trat der Gauleiter Heschold-Berlin erstmals. In seinem 1½stündigen Vortrage führte er den Kollegen die Feinde unserer Organisation trefflich vor Augen. Reicher Beifall wurde dem Referenten gezollt. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten. Die Versammlung stimmte einstimmig dafür, daß der Vorstand des Verbandes mit dem Gauleiter die Forderungen ausarbeiten sollen, welche in diesem Jahre an die Meister gestellt werden sollen und erklärten, damit in die diesjährige Lohnbewegung einzutreten. Zum Punkt "Verschiedenes" erhielt Kollege Golon das Wort, der recht heitere Sachen aus der Bäckerei des Herrn Hohenfang, Hassenwalderstr. 29, erzählte. Dort habe er drei Tage lang Hasenfleisch zu essen bekommen, das schon fadelt war. Herr Hohenfang sagte selbst, mit dem Hasen sei er betrogen worden, trotzdem wurde dasselbe doch zum Mittagessen verabreicht. Wie herlich sind die Fleischköpfe unserer Meister! Dann brachten noch einige Kollegen Beschwerden über lange Arbeitszeit, z. B. bei Buchholz, Gutenbergstraße, bei Klein, Oberwick, ist die Bäckstube 1,70 m hoch. Danach erhielt der Referent das Schlußwort, in dem derselbe die Kollegen aufforderte, sich dem Verbande anzuschließen und für dessen Ausbau zu sorgen, damit wir dieses Jahr wieder etwas mehr vorwärts kommen.

Vom Ausland.

Jahresbericht der Bäckerfachsektion in Budapest.

Bei Gründung der Bäckerfachsektion vor anderthalb Jahren zählte dieselbe 21 Mitglieder. Ein beiderleihe Anfang. Zwar Spott, Hass und Verachtung entfaltete die kleine, eifrige Garde aber eine intensive Agitation, die Bäckerfamilien aufzutüpfeln und sie für die Ziele der Fachsektion zu begeistern. Nach einem Jahre konnte die Sektion auf einen schönen Erfolg zurückblicken. Denn trotz aller Feindseligkeit waren der Gruppe 106 Mitglieder beigetreten. Durch diesen Erfolg wurde das Selbstgefühl der Mitglieder gesteigert und nun um so energischer mit der Agitation eingefestzt. Und heute zählt die Fachsektion über 900 Mitglieder. Die Budapester Bäckerarbeiter haben dadurch bewiesen, daß sie gewillt sind, den Kampf zur Verbesserung ihrer Lage im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung zu führen. Die Gegner in den Reihen der Kollegen, welche früher nicht genug zu spüren wußten, werden einschauen lernen, daß sie der Gruppe nicht fernbleiben dürfen, sondern die Verpflichtung haben, in deren Reihen einzutreten.

Die Lasserverhältnisse sind folgende: Einnahme 5286,73 Kr., Ausgabe 5255,46 Kr., wovon 2289,12 Kr. an die Zentralstelle abgeführt sind.

Wir wünschen unserer Bruderkorganisation weitere Erfolge, um desto aufdringlicher für die Lasserverhältnisse, unter denen die Bäckerarbeiter ihr Leben fristen müssen, einzutreten zu können.

Aus unserem Berufe.

Verschiedene Bäckermäister in Frankfurt a. O. können sich immer noch nicht davon gewöhnen, die Arbeiterschutzgesetze einzuhalten. Bei Tugui, Dresdenerstr. 9, musste ein Kollege 3 Wochen hindurch im Februar d. J. täglich 15 bis 18 Stunden arbeiten. In dieser Zeit hatte der Lehrling an 10 Tagen eine Arbeitszeit von täglich 15 Stunden. — Bei Wörbel, Tuchmacherstr., hängt keine Kalendertafel aus; die Arbeit beginnt abends 9 Uhr und endet mittags 12 Uhr. Der jüngste Lehrling arbeitet dort von abends 10 Uhr bis mittags 1 auch 2 Uhr. Zwei Lehrlinge campieren zusammen in einem Bett.

Solche fortwährenden Übervertretungen der Arbeiterschutzgesetze zeugen nicht davon, daß die Behörde mit der nötigen Scharfe kontrolliert. Sie beweisen aber unseren Kollegen, wie notwendig es schon allein deshalb ist, sich zu organisieren, um nur das bischen Arbeiterschutz in den Bäckereien durchzuführen!

Er wollte seinen Bedarf decken. Der Bäckermäister Gerbstadt in Beiz hatte von der Polizei ein Strafmandat erhalten, weil er an einem Sonntag seinen Gesellen über die gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit hinaus beschäftigt hätte. Gegen das Strafmandat hatte er Widerspruch erhoben und behauptete Gerbstadt nun vor dem Schöffengericht, daß er doch seinen Bedarf decken müsse, er könne doch deshalb seinen Laden nicht zumachen. Auf die Befehlung des Gerichtsvorstandes zog Gerbstadt seinen Einspruch zurück und muß nun das Strafmandat bezahlen. Wir können Herrn Gerbstadt nur den Rat geben, mehr Gesellen einzustellen, wenn er seinen Bedarf an Backware decken will. Es ist ein Glück, daß das Gesetz in bezug auf die Ausbeutung der Bäcker einen Riegel vorgeschoben hat.

Folterwerkzeuge des 20. Jahrhunderts. Die „Günthersche Bäckerzeitung“ meldet unter diesem vielversprechenden Titel das Folgende:

Die rote Partei hat sich längst ausgeworfen zum Justizrichter über Unterdenkende. Die Folter blüht wieder auf und das gefürchtetste Musterinstrument ist der Boxloft. Gewöhnlich wendet man ihn an, um die kleinen Christenleute mürbe und sie zu blinden Hasagern zu machen. Lange hat sich auch der deutsche Handwerker foltern lassen. Endlich ist er erwacht aus seiner Unterwürfigkeit und hat sich auf das Unwidrige seiner Lage bejammert. Der 25. Januar hat das am deutlichsten gezeigt. Kürzlich konnte in der Fachzeitung berichtet werden, daß z. B. auch drei Bäckermäister zu Mitgliedern des Reichstages erwählt wurden.

Heute können wir mitteilen, daß der Haß gewisser Leute sich auf die Bäckerwelt besonders gerichtet hat. Man sieht:

Der Sozialdemokrat Peus und die Bäckermäister.

Der durchgesallene sozialdemokratische Wahlkandidat Peus-Dessau hat in Cottbus gesprochen. Seine Worte verdienen weiteste Verbreitung. Peus war gekommen, um dem sozialdemokratischen Konsumverein, aus dem über 400 Mitglieder ausgeschieden sind, wieder auf die Beine zu helfen. Von seiner Wahlniederlage ausgehend, bemerkte er, eine außerordentliche Schadenfreude hätten namentlich die Bäckermäister an den Tag gelegt, weil er eine Zentralbäckerei eingerichtet habe, die den Bäckermäistern eine außerordentliche Konkurrenz bereite. Diesen Meinungen habe er zu vertragen, daß sie in erster Linie über die sozialdemokratische Niederlage traurig sein müßten, denn nun reise er von Ort zu Ort und agitiere für Konsumvereine, und er habe sich vorgenommen, soviel selbständige Existenz innerhalb der nächsten 5 Jahre zu vernichten, als ihm Stimmen bei der Reichstagswahl fehlten, nämlich über 800.

(L. N. N.)

Das ist doch die Anwendung der Tortur in neuester Form. Weil die Bäckermäister nicht für die rote Partei schwören, weil der Sozi Peus als Wahlkandidat durchgesallt ist, will er herumtreiben im Lande und agitieren für die Vernichtung so vieler Existenz, als er Stimmen zu wenig erhalten hat. Das sind 800! Mit der Dämonenraube des Kundenverlustes, mit dem Spießrutenlauf zwischen Konsumbäckereien, mit der Auslegung der eiternen Goldkrasse der Not will „Genosse“ Peus die Bäckermäister in die Arme der Sozialdemokratie jagen!

Es soll ihm nicht gelingen! Was er da sagt hat, das ist eine Bedrohung im höchsten Sinne des Wortes und als solche strafbar. Derartige Reden sind doch grober Unrat! Der Eintritt und sagt: „Ich werfe dem oder jenem die Fäuste ein“, wird festgenommen; was sind etliche zerrissene Fensterscheiben aber gegen eine — nein, 800 — zerrissene Existenz?

Zu solchen Zwecken, wie sie die Genossen beabsichtigen, dürfen „genossenschaftliche Gründungen“ nicht geduldet werden. Nun — Hunde, die viel bellen, beißen nicht. Offenbar trifft das hier zu. Aber werfe es dir, deutscher Handwerker, wo du deine Freunde zu suchen hast. Den anderen durchgesallenen Wahlkandidaten aber mögen wir lehren und beibringen, daß im 20. Jahrhundert das Foltern nicht mehr gestattet ist. Gerade die Stotzen, die Freiheit und Gleichheit zu schwärmen vorgeben, sollen die letzten sein, die die Parteischraube handhaben wollen. Peus hat uns eines anderen belehrt, bei ihm heißt es: „Werde Sozi oder ich ziehe dir die Fäuste zu“. Wie Herrn Peus von Ort zu Ort auf seinen Agitationstour jedesmal der richtige Empfang bereitet werden und daß das Gesetz diesen „Genossen“ etwas näher ansehen auf seine Foltergelüste.“

Die Herrschäften spielen also sehr deutlich darauf an, daß Herr Peus überall mit den bekannten „geißligen“ Sätzen der Kleinrauter empfangen werden soll. Wie nun Peus unserem Parteiblatt für Cottbus, der „W. Volksbl.“, mitteilt, ist es ihm garnicht eingefallen, solchen Unsinn zu sagen. Er schreibt: „In meinem Referat von Cottbus kom ich u. a. auch darauf zu sprechen, daß mir anhaltische Bäckermäister nach der Wahl Hohn- und Spottkarten zugeschickt haben. Ich zeigte daran, wie bei der diesmaligen Wahl der Mittelstand aus Wut über die Konsumvereinsentwicklung gegen uns gestimmt habe. Das sei törichterweise geschehen. Denn aufgehalten werde die genossenschaftliche Entwicklung dadurch nicht. Auch hätte die Sozialdemokratie bei der Wahl nicht verloren.“

Gegen die Konsumvereine wirken zu wollen. Wenn nun obendrein Bäckermäister mich mit Hohn- und Spottkarten über meine Niederlage zu ärgern suchen, so sei das erst recht töricht, denn gerade durch den Verlust des Reichstagsmandats werde ich frei für die Agitation, also auch für die Agitation zum Besten der Genossenschaften, auch der Genossenschaftsbäckereien. In Dessau habe die erst vor zwei Monaten in Betrieb genommene Genossenschaftsbäckerei schon jetzt einen Umsatz, der fürs Jahr 300 000 Mark erwarten lasse, also einen Umsatz von mindestens 30 kleinen Bäckermäistern, die dadurch freilich ihre Existenz einbüßen. Wer frage aber danach, wenn durch die wirtschaftliche Entwicklung Tausende Arbeiter ihre Arbeitsstelle verloren und mit Weib und Kind nach einer anderen Stadt ziehen müßten! Wenn mich daher Bäckermäister wegen meiner Wahlniederlage hänseln wollten, so ist das sehr töricht. Unmöglich ist es doch nicht, daß vielleicht gerade infolge der mir jetzt weit mehr als bisher möglichen Agitation ebenso viele Bäckermäister durch Genossenschaftsbäckereien verdrängt würden, als wir in der Stichwahl Stimmen gesetzt haben. Also nicht als seine Absicht hat Genosse Peus die Vernichtung der selbständigen Bäckermäister-Existenzen bezeichnet, wie die bürgerlichen Preßfälser ihm unterschieden, sondern lediglich als eine wohl mögliche Begleitererscheinung des Aufblühens der Konsumvereinsbäckereien, deren Förderung übrigens so sehr im Interesse der Arbeiterklasse liegt, daß die Tätigkeit für sie gar keiner besonderen Rechtfertigung bedarf.

Aus Cassel. Ein gewisser Nolte, Bäckerjelle, hatte seinem Meister, bei dem er mit unserem Verbandsmitglied Jenner zusammen gearbeitet hatte, einen beleidigenden Brief geschrieben, und da er zu seig war, keinen Namen darunter zu setzen, unterzeichnete er den Brief mit dem Namen unseres Kollegen Jenner. Dieser wurde nun angeklagt, konnte aber nachweisen, daß seine Unterschrift gefälscht und er mit dieser Sache nichts zu tun hatte. Dagegen wurde Nolte wegen dieses gemeinen Streiks zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, während das Verfahren gegen Jenner eingestellt wurde.

Als Vorwurf an seiner Richter fortgeführt vergangen hatte sich der Bäckermäister Felix Schwarz aus Pfaffendorf, Kreis Lauban, — so lange, bis das 17jährige Mädchen, das bei ihm in Diensten stand, am 24. September v. J. Mutter wurde. Er habe sich nicht klar gemacht, daß der § 174 des Strafgebietsbuches derartige fiktive Verfehlungen eines Vorwurfs schwer bestrafte, sagt der Angeklagte; das Mädchen sei ihm selber entgangen gekommen. Die Verhandlung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, endete mit der Verurteilung des Angeklagten, eines bisher unbekannten Mannes, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, zu 9 Monaten Gefängnis. Das Gericht hatte dabei noch mildrende Umstände angenommen.

Lehrlingschule und Fortbildungsschule befürchtet. Der aus Mannheim gemeldete Fall über Mißhandlung eines Bäckerlehrlings zeigt uns einen Lehrer, der empört über das Ende eines Bäckerlehrlings den Fall an die Leidenschaft brachte. Der menschenfeindliche Lehrer hat sich dadurch ein großes Verdienst errworben, für das ihm nicht allein der betreffende Lehrling, sondern auch die Allgemeinheit, namentlich aber die Eltern oder Verwandten von Bäckerlehrlingen dankbar sein möchten. Der Fall ruht aber auch eine schon hier und da von Fachlehrern erhobene Forderung auf Verlegung der Schule für Bäckerlehrlinge wach. Wie steht diese Forderung bezüglich ih, davon zeigen auch die Verhältnisse in Köln. Hier leben die Bäckerlehrlinge in der Woche normal Unterricht und zwar von abends 6 bis 8 Uhr. Am beginnen aber die meisten Lehrlinge schon nachts um 12 Uhr mit der Arbeit, die in der Regel 5-6 Minuten dauert. Vor 1 bis 2 Uhr, ja manchmal noch später, kommt ja ein Junge in die Regel nicht zur Arbeit. Meistens er endet seine Ruhe gefunden zu haben, dann wird die jcb durch den ebendoch Schulunterricht unterbrochen. Nach dem Schulunterricht sind ihm dann noch ein paar Stunden Schulunterricht, der aber einmal noch durch Abendstunden und ältere Vorarbeiten, wie Aufspann, Dienstleichen u. d. verlängert wird. Die jetzige Schule ist nicht in der Tat die Verordnung des Bundesrats, wonach Lehrlinge vorohl die Gefallen mindestens acht Stunden ununterbrochene Ruhe haben müssen (im zweiten Lehrjahr nun und im ersten Lehrjahr „jedoch“ 10 Stunden), nicht allein ausdrücklich, sondern sie verzerrt auch die Grundheit so manches jungen Mannes. Dem Zwecke des Unterrichts ist das jedoch System auch nicht förderlich, in welcher Anordnung man gelangen müßt, wenn man die Bäckerlehrlinge die Schule klopfen lassen und verlassen sieht. Eine Verlegung der Schule für Bäckerlehrlinge in die Vermittlung oder Mittagsstunden wäre eine Notwendigkeit, die nicht allein im Interesse des Unterrichts selbst, sondern auch im Interesse der Sicherheit dieser jungen Leute läge, und wir möchten der Schulbehörde dringend raten, die hier angeregte Frage auf ihr Vermittelung zu prüfen. Selbstverständlich würden die Bäckermäister sturm gegen eine solche Regelung laufen, was aber die Schulbehörde nicht hindern sollte, der Frage dennoch näher zu treten.

Wir tun Abbitte und zwar beim Verfertiger der „geißpfeilenden“ Waschzettel des Germaniaverbundes, dem Herrn Generalsekretär Dr. Westphal. In einem solchen Waschzettel beschwert er sich darüber, daß wir „geistreiche“ Bemerkungen in diesen Waschzetteln 14 Tage später geantwortet hätten und daß ihm ferner in unserer Zeitung wiederholt Kollegen sehr wehe tun, wenn sie der Meinung Ausdruck geben, er besiege $\text{A} 12.000$ Gehalt pro Jahr. Wir können nur erklären, daß uns die Person des Dr. Westphal sehr gleichgültig ist. Mag er also sein Gehalt in Ruhe verzehren. Nicht gleichgültig sind uns aber seine Waschzettel, denn die sind sehr belastigend für uns.

Ehrenfriedersdorf i. B. Vom Bäckermäister Emil Schwabe ist schon wiederholt erzählt worden, daß er seine Lehrlinge tüchtig durchprügelt. Den Gipfel seiner rohen Handlungsweise scheint er am Montag an dem Lehrling Wils aus Herold erreicht zu haben, indem er diesen derart mißhandelt, daß er mit aufgeschwollenem Gesicht auf und davon lief; außerdem hat er denselben mit Fäusten derart traktiert, daß der Lehrling heftige

Schmerzen im Rückgrat verspürte und dadurch schleichen kann. In seiner Angst nun suchte dieser Lehrling einen guten Freund auf, um sich stat zu holen. Selbstverständlich hat sich letzterer sofort seiner angenommen und ihn zum Arzt behausst einer Untersuchung geschickt und seinen Vater beauftragt, daß er Anzeige gegen diesen Prügelshelden erstattet. Der Lehrling lernt nächste Ostern aus und sucht dieser Lehrlingshaus-hilber im hiesigen Amtsblatt für nächste Ostern wieder einen Lehrling. Zu der im Vorstehenden mitgeteilten Mißhandlung des Bäckerlehrlings Wils werden uns nächstgänglich noch folgende Einzelheiten mitgeteilt. Der Wütterich ist mit diesem wehrlosen Jungen in die Kammer gegangen, hat ihn dort hingeworfen und dermaßen mit Händen und Füßen traktiert, daß das Blut herumpritzte. Durch das Jammer und Wimmern des Kindes wurden natürlich auch die Hausbewohner auf diese Grausamkeit aufmerksam, und ein Bewohner erschreckte diesen Wütterich, doch mit dieser Mißhandlung aufzuhören, er mache doch sonst diesen Jungen tot, worauf der Thran antwortete: „Das geht dich gar nichts an, das ist meine Sache.“ Nachdem dieser biedere Jammerobermeister sein Mütchen gefüßt hatte, ließ er von seinem Opfer ab. Der Lehrling hat nun sofort zum Fenster hinaus mit blutigem Gesicht um Hilfe gerufen. Diese hören mehrere Arbeiter (es war gerade in der Mittagsstunde), die sofort nach der Polizei schickten. Die kam aber nicht, und so konnte nun die Frau dieses Menschen die Spuren dieser Schrecklichkeiten wieder befestigen. Nach Hause zu gehen getraut sich der Lehrling nicht, und so irrte nun der junge Mensch, nur mit Hose und Hemd bekleidet, umher. Nach Angabe des Kindes verweigerte dieses Schwiel von Bäckermäister die Herausgabe seiner Sachen mit dem Bemerkung, er solle erst 100 A bringen, dann könne er gehen.

Gegen die neue Bäckereiverordnung weltweit der preußischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine am 3. März auf einer Tagung in Berlin. Der Vorsitzende berichtet darüber:

Die neue Bäckereiverordnung findet bekanntlich bei den Hausbesitzern lebhafte Widerstand, weil sie an die Räume der Bäckereibetriebe Anforderungen stellt, die zum Schutz der Arbeiter notwendig, in den meisten Fällen bei den bestehenden Bäckereiräumen nicht erfüllt sind. Zwei Rechtsanwälte, Nehnelt und Reese, die zu diesem Punkt als Referenten sprachen, untersuchten die Frage, ob man die Verordnung im Geiste des Verwaltungsstreitverfahrens ansehen könnte. Der erste verneinte sie und empfahl, die Hausbesitzer, welche sich durch die Verordnung gehägt fühlen, dem Wohlwollen der Behörden. — Der erste Diskussionsredner, Barkowki-Berlin, führte aus, von 2000 Berliner Bäckereien entsprächen 1500 nicht den Anforderungen der neuen Verordnung, sie würden nicht mehr als Bäckereien vermietet werden können. Benötigt müsse gesordert werden, daß die Verordnung auf ihnen bestehende Bäckereien keine Anwendung finde, falls die Arbeiter, soweit es die Natur des Gewerbes zuläßt, vor Gefahren geschützt sind. Der Redner trat dafür ein, daß an einem Einzelfall die Rechtmäßigkeit der Verordnung bis zur höchsten Instanz angefochten werde. Alle Redner zu dieser Angelegenheit bekämpften die Verordnung. — Der Vorsitzende des Hausbesitzerverbandes, Justizrat Dr. Baumert, meinte, der Hausbesitzer würde bei der Regierung kein Wohlwollen. Die Bäckereiverordnung werde die Folge haben, daß viele kleine Bäckermäister ruiniert werden. An deren Stelle würden wenige Großbäckereien treten. Die Regierung treibe ja Mittelstandswirtschaft, aber für die Handelskette, die doch auch zum Mittelstand gehören (!), habe sie nichts übrig. Die Handelsbesitzer sollten die Mittelstandervereinigung darüber informieren, daß sie etwas erreichen. — Die Versammlung erklärte sich dafür, daß man an zuständiger Stelle vorstellig werden, um eine den Wünschen der Handelskette entsprechende Änderung der neuen Bäckereiverordnung zu erreichen.

Die erwartete Bekanntung, daß von 2000 Berliner Kleinbäckereien 1500 nicht der neuen Bäckereiverordnung entsprechen, spricht gerade für die Notwendigkeit des Erfolges dieser Verordnung. Im übrigen sind die Hausbesitzer genau wie unsere Bäckermäister noch immer diejenigen gewesen, die ihre Wünsche durchsetzen können über das Wohl der Allgemeinheit hinstellen. Deshalb wird ihr Glaube auch nicht brüchig werden.

Der Note muß nun $\text{A} 12.000$, schreibt der deutsche Kollege Dr. Löble von Ravensburg zu den Kollegen der bayerischen Bäckerei in Augsburg. Es wollte ihm aber nicht recht gelingen, unseren Kollegen G. kreislos zu machen, da er (Löble) an diesem Tage zuviel dem edlen Saft zugesprochen hatte. Gest wäre er bald vor die Tür gesessen worden. Als er sah, daß es ihm an den Krügen ging, mußte sein Freund, ein Bäckermäister von Winterthur, kommen. Dieses halb verkrüppelte Maisterlein konnte natürlich über die rote Gesellschaft noch besser losziehen bei der Frau G. und meinte auch, man solle seinen Freund behalten und lieber den roten Haken nachzuschmeißen, was auch dann gehabt. Und so hat dieser kleine Kollege Löble schon vier Kollegen uns täglich Brot gebracht. Wenn er wieder einen aus Plaster gebracht hat, dann ist dieser Streicheldecker glücklich und sein Freund noch mehr, wenn er als Meister fünf Tage als zweiter Gesell ausstellen kann und sein Geschäft stehen läßt, da er als Auskoffer mehr verdient.

Schlesischer Lehrlingszächer! Vor uns liegt eine Postkarte, die der Bäckermäister Joh. Weiß an den Bäckermäister Bernhard Kosak in Wyslowitz richtete, mit folgendem Wortlaut:

Lublinz den 17. 7. 06.

Lieber Bernhard! Infolge der Ausschreibung, welche mir zuteil wurde, mußte Du Lehrbüchsen. Da ich auch Jungen beschäftige, konnte ich Dir einen abgeben oder besorgen, welcher Bole ist, aber sich zu diesem Fach gut eignet und schon in diesen Sachen firm ist. Falls Du geneigt bist, den Jungen in das Handwerk zu gewinnen, dann schreibe mir baldige Antwort. Rudka will Ihn auch haben, will mir nur 10 A und Reise geben.

Achtungsvoll

Joh. Weiß.

Dieses Kulturdokument spricht Wände über die Unsicherungen schlesischer Väderlehtlingsbändiger! — Nicht genug, daß mit Unterstützung der Unruhen die armen Kinder aufgebeutet werden, ist Gelegenheit vorhanden, dann wird solches Geschöpf wie ein Slave verschachert. Solchen Menschenwändern kann unsere Organisation nicht zuschauen, sondern gegen diese Art Lehrlingszüchterei muß Sturm gelassen werden.

Die Schädlichkeit des Post- und Logistikwanges wird durch folgenden Vorfall wieder grell beleuchtet, der am 12. Februar d. J. vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin seine Sühne gesunden hat. Der Bäcker Gustav Gottschall war seit dem 2. Juli d. J. bei dem Bäckermeister Hentrich in Berlin, Streicherstr. 4, gegen einen Wochenlohn von 6 M. und Posti und Logis beschäftigt. Von diesem mehr als geringen Lohn erwartete sich doch der Geselle die verhältnismäßig hohe Summe von 17 Mark, die er in der Bäckerei, in der Gesellenstube in einem Koffer aufbewahrte. Der Sohn des Bäckermeisters, der in dem Geschäft seines Vaters als Hausknecht beschäftigt war, erhielt von dem gesparten Geld des Gesellen Kenntnis. Er benutzte eine passende Gelegenheit, wo der Geselle mit dem Ausstragen von Frühstück beschäftigt war und seinem Koffer unverschlossen ließ, um denselben das ganze, mühsam ersparte Geld zu stehlen. Dieser hoffnungsvolle Bäckermeistersproßling hatte schon früher einmal demselben Gesellen eine Summe von 31 M. aus dem Koffer entwendet. Aus Rücksicht auf diesen wiederholten Fall verurteilte ihn die 4. Strafkammer des Landgerichts I zu 4 Monaten Gefängnis. Zwar hat der hoffnungsvolle Sprößling (er ist 18 Jahre alt) keine Strafe erhalten. Dem Gesellen aber, der sich bei einem geradezu erbärmlichen Lohn von ganzen 6 M. pro Woche mit allen Mühen und Entbehrungen noch einen Postgrößen zurücklegen wollte, gibt niemand das gestohlene Geld zurück. Der Bäckermeister als Vater des Diebes denkt gar nicht daran, dem Gesellen das durch seinen Sohn gestohlene Geld zurück zu erstatte. Vielmehr muss der Geselle nach wie vor im Hause schlafen und essen, und wenn er sich dann wieder einen Postgrößen zurückgelegt hat, kann er noch recht dankbar sein, wenn es ihm nicht wieder durch einen Bäckermeisterlohn gestohlen wird. Das sind die Früchte des schönen alten, patriarchalischen Verhältnisses. Es branzt man dem Gesellen nur alle Wochen anstatt des Lohnes ein Freilager zu geben, und dann wird dieses noch von dem eigenen Sohn gestohlen. Die Gelegenheit ist ja bei dem Post- und Logistikwagen auch zu günstig. Hoffentlich verschaffen es die Berliner Bäcker in diesem Jahre, diesem ganzen vorstaatlichen System mit allen seinen gemeinräuberischen Begleiterscheinungen ein für alle mal ein Ende zu machen.

Ende zu machen. In 9. Dezember 1906 kündigte der Richter und Notarmeister Carl Schäfer den Kollegen Carl Süßert, als dieser keine Brillen bestellte, als "Süßer", "Schäfer", "ich mache Ihnen ins Gesicht" nimmt ein diesbezügliches Eingreifen in der Berg-Arbeiter-Schule sowie eine Vorladung zum Schiedsgericht hat Herr Süßert nicht reagiert; erst nachdem gerichtliche Pege eingereicht ist eine Einigung zwischen abgesprochen und erlegt Herr Süßert im Anwesenheit eine Ehrenklärung.

Das Hagen i. W. Erbauliche Brüderlichkeit herrschen noch immer in den freien Städten. Der Maximilian-
stiftung steht auf dem Papier, in der Praxis führt sie
sich untere Arbeitgeber, vorher geistlichen Standes, überaus nicht daran. Am schönsten sieht es in der
Stadt von Anton Hoffmann aus. Dieser streng luther-
sche Herr bewirkt keinen Schaden, einen ersten Wallen-
fischer, in der schwäbischen Weise aus, indem er ihn 16 bis
17 Stunden täglich schaffen lässt; an den sonstigen Prügeln
sieht es selbstverständlicher aus noch nicht. — Ein wunderbarer
Gott ist der Wiederkreuziger Dresden in Leipzg. Er prob-
tiss er, nach keiner eigenen Angabe, genau Geißeln vom
Herrn Oberaufseher Bredero aus bekommen kann, folgt
er nach Vorstand zum Verbandsarbeitsausschuss und holt
sich dort Geißeln. Wenn hat er das hier, so weißt er ihm
einen Mann auf den Hals, damit er aus dem 11. noch
verbende cratere und in den leib. Geißelverein ein-
trete. Der Herr Caplan erfüllt aber eine ordentliche Ab-
fahrt und zug betracht von bauern. Und dieser Herr ver-
langt nach einer 16-jährigen Arbeitszeit auch noch, daß
seiner Stelle den Will von beständigen Monaten aus
dem Ende entziehe. So fehlen nun nach viele Mittäler
etwider, insglem jeden anderen Sezenter Collegen es nicht
für nödig zu, einzutreten sonst es werden gegen eine ver-
diente Dienstleistung Abschaffung, wie sie nun bei größter Re-
gelzahl unserer hiesigen Arbeitgeber vorkommen wird. Und
noch Schreckliches kann sie für eröffnet an als ihre
beständigen Zuständen, privataudienzen haben sie den Zu-
freuden des Verbands gegenüber. Eine Schlechterig-
keit besteht darin, die für bauern noch im Mittälernden
aber Siedlern zu Hause ist. Denn es darf auf keinen Fall
aus, dass eine Collegen in anderen Städten sonst die Er-
gebnisse erzielen haben und ihr werdet nicht mehr
woraus: Es heißt doch nichts, Wer klappt hier nicht erzielen?
Dann hat uns mit jenseit Wissenden.

Sein Kollegen Quall-Berlin, jetzt dem betriebsamsten Mann der Seiden, weil er ihnen in die älteren Quellen greift hat, bei der großen Gruppe in Magdeburg und darüber hinaus, wo sie hier anscheinend bestehen vergrößert hat, nämlich: Seide Quall kann nicht vorüber — Es ist keinere und gewiss keine gute Idee nach dem Sammeln, wenn man sie selbst überzeugt hat, dass Seide Quall eine ganz flotte Handelsart hat, was die großen Gruppen eben wollen, nur wir — Nun der „Fassaden“ Seiden in Magdeburg hat diese erträglichkeit, Quall wäre ohne Unruhe, was Verbraucher hätte ihm wegen Hochzeit entlocken. Dabei ist es kein Seiden eines einzigen, das zu ihrem Preis Quall ist einer der größten Seidenen Berlins arbeitet, und von Seidengebet hat sich vor einigen Tagen im Zeitungsblatt in Gegenwart des Jungen mit Würde über die Arbeit des Kollegen Quall ausgesprochen. — Wenn füllt es keine Verzweiflung, beiß durchaus ehrlicher Wirklichkeit führt uns auf den nächsten Tag zurück.

Gelbe Schneebärchen in den Geim-
wald. Da liegt der Platz noch auf der alten
Wiese mit Gras. Er kostet über 5000,- A. Der
Schneebärchen lebt im Bereich der Bauder Brücke
gegenüber der kleinen Bucht. Er zieht dort nach
ca. 1000,- A. In den Gräben ist er auch sehr
häufig zu sehen.

dem Stassenbericht, daß in einem Jahre rund 40 000 M an die Hauptklasse auf Künnerwiedersehen nach Hamburg gezahlt worden sind. Gibt das nicht zu denken! — Das schreibt derselbe Hartmann, der seinen Lesern immer vorquatseln will, der Verband hätte in Berlin nur 250 bis 300 Mitglieder, der von „Verbandsmüdigkeit“ der Berliner Bädergejellen und ähnlichem Zeug schwindelt. Jetzt hat er sich nun mal festgeschwindelt, denn er schrieb oft genug, wie hoch der Beitrag im Verbande ist, weiß das also, und wie viel ergibt das dann bei 50000 Markt an beteilinhamten Verbandsbeiträgen Mitglieder in Berlin? Bitte um Antwort, „oller ehrlichen“ Seeman! — Das dem „anständigen“ Hartmann unsere 10 000 M, die in Berlin (aber ohne Gemahrgelten- sowie Notunterstützung und Rechtsschutzkosten) an die Mitglieder aus der Verbandsklasse zurücklossen, zu wenig sind, ist selbstverständlich, denn sein gelber Hund bezahlt mehr für diese Biwede!!! Wird dessen Abrechnung nicht bald veröffentlicht?

Ein „Eldorado“. Nebenall da, wo unsere Organisation noch tief in den Kinderschulen steckt, wird man immer wieder die miserablen Verhältnisse antreffen. Das bestätigte uns aufs neue so recht ein Rundgang durch die Zwickeret Bäckereien. Wer hierher kommt, läßt alle Hoffnung fahren, scheint das Motto der Zwickeret Zinngussgruppen zu heißen. Nur schade, daß man solchen Spruch nicht über den Backzubuten anbringt, es würde sicher zur Verbesserung mit beitragen. Der Lohn für jüngere Gehüßen und solche sind zumeist beschäftigt, beträgt 5.50 M. bis 7 M., für einige ältere 8—9 M. und für einzelne ganz gut gestellte 10 oder 11 M. Die letzteren sind aber so selten, daß man sie schon mit der Kernslampe suchen muß. Ist die Entlohnung sehr niedrig beurteilen, so ist die Arbeitszeit um so höher. 12, 14 bis 15 Stunden und Sonntags ist oft statt um 8 Uhr um 11 oder 12 Uhr die Arbeit beendet. An einem Ruhtage des Vorjahres wurden von unseren Verbandskollegen nur „30 Nebertretungen“ festgestellt; dies kam allerdings daher, weil nur wenige Kollegen kontrollieren gehen konnten. Erst man nachmittags um 5 Uhr einen Lehrling und fragt ihn: Seit wann bist Du an den Beinen, so kann man häufig die prompte Antwort bekommen: Seit 12 Uhr nachts! Die segensreiche Wirkung des Lehrlingschutzes kann man hier schon mit dem Gedanken fühlen. Wer bei da die Stirn, zu behaupten, unsere Bäckerei und Lehrbuben genossen nicht die väterschaftliche Fürsorge (?!). Gott der Gerechte meiner Väter, es gibt doch sehr viel unbedarffene Juden. Bei dem Bäckermeister Dr. Wilhelmi, 66, hatten wir Gelegenheit, eine kleine Berechnung anzustellen. Die Arbeitszeit einschließlich des Mittagens beträgt sehr oft $16\frac{1}{2}$ Stunden, wöchentlich 112 Stunden. Der Lohn für den ersten Gehüßen 7 M. für den zweiten 6 M., so daß die Gehüßen einschließlich der Frist und des Logis einen Stundenlohn von 12—14 S. erhalten. Die Schlosskammer ist seit und schwachig, die Beeten werden fast nie gemacht. Zum Backen des Gebäcks und der Leinwand gibt es pro Woche 1 Handtuch für 2 Gehüßen.

Zu solch würgen Zuständen im allgemeinen gehört natürlich auch eine ausgebreitete Lehrlingsäntterei und übersteigt die Zahl der Lehrlinge natürlich auch die Zahl der beschäftigten Gesellen. Der Altknecht Eberhardt, der einmal verjagt, bei der Samstag dieses Systems zu tritzen, wurde genau so von der Samstag vertrieben, wie man dies sonst nur gegen die Verbandsmitglieder gewöhnt ist und zeigt sich, daß überhaupt jeder als Heizer und Aufwiegler betrachtet wird, der nun erdreitet, die von der Samstag ausgebreitete „Ordnung“ nicht als richtig anzuerkennen. Die Solidarität ist unter den Kollegen freilich noch nicht so weit gediehen, daß man dem Altknechten den nötigen Schutz geboten hätte, was ja auch bei der dort herrschenden Organisationslosigkeit kein Wunder ist.

Collegen vor Brüder, wie lange wollt Ihr noch in Eurer Verborgie verharren, wie lange wollt Ihr noch in jährl. untrüdigen Verhältnissen klatschen? Leichtet es doch denn nicht ein, daß Ihr selbst an solchen Zuständen mit Schuld tragt, weil Ihr Euch nicht führt, dieses Fach aus für allezeit von Euch abzuschließen? Begreift Ihr nicht, daß solche Bräuche für Menschen unwürdig sind? Die dende Geschäftsführung unserer Arbeitgeber steht sich mit einem Soldatenkriege über Eure Gesundheitsversicherung hinweg; für sie hat nur die Fällung ihres Gebäudes Interesse! Und wer da glaubt, sich auf die Arbeitgeber verloren zu können bei Abheiterung dieser freudigen Verhältnisse, der ist auf dem Holzwege. Denn „nach und nach sein Eltern befreit, der willig seine Freiheit weg.“ Wenn jedoch Euch unsern Verbünden an, nur er ist Euer Feind und Vort gegen Willkür und Ausbeutung; war er bereits Euch von dem losenden Traf. Unser Mitgliedern aber müssen wir danken: Beharrt nicht weiter in Eurer Nachvergessenheit, lebt nicht teilnahmslos zu, wie ein junger College sein Möglichstes tut, um Aufklärung zu verbreiten und das Ganze zu halten. Es ist jedem seine verkannte Kraft und Schönlichkeit, mitzuhelfen an der Fortsetzung des Verbündes. Ein wenn jeder mitarbeitet und auf die Vereinigungen und Zeitschriften bejacht, und es uns durch vereinte Kraft gelingen, dieses „Elendsko für Bediensteten“ — dieses Boschet, die Gützahne auszubreden. Frühe Zeit ist es auch, daß das Gewerkschaftsblatt an der Einsicht kommt, daß die leitenden Personen keinerlei Macht haben und damit der vollen Maßregelung unterstet. Dieser reaktionäre Zünftlerismus ist so wie es jeder Augenblick bereit, an der ihre Karten konsumierenden Arbeiterschaft Betrat zu über. Und ist Rechtsicht gezeigt bei jedem am benötigten Ort Platz.

Strasburg. Tod und Stille ist eingetreten hier im Schreibe der Bädergeschäfte. Die Hochburgen des ehemalig-lehrzüglichen Verbundes, Straßburg und Colmar, sind durch dieses Verbrech und durch die Tätigkeit Banketts in Bezug auf Lohn und Arbeitigkeit so „vorgegriffen“ dass die Gehälter noch 5 % verdünnt und dafür bis mitte 11-1 Uhr zweizehn gehen dürfen, aber — mit dem Sturz auf dem Rücken. O glückliches Land, glückliche Bädergeschäfte. — Über ausstatt mir in sich zu geben, schreibt mir die Kollegen wenig um alles andere und so war die Versammlung am 21. d. M. von 4 Mann besucht, die anderen haben, so erzählte mir ein Kollege, Guppenfahrt ab. Ja, ja, Kollegen vom Straßburg, holtet mir diesen Respekt oder Rettungsangest ab, zieht Euch die Seepe reif tief über die Ohren, besitzt Ihr es nicht auch, wie andere Arbeitertypen immer weiter vorwärts treten und wie hoch unsere Bädermeister freuen bei Eure Seepe oder Edelwürze obwohl nicht herunter auf den Grund dafür lassen sie Euch richtig ausbeaten.

Aber auch hier wird es anders werden, dafür sorgte unsere Sitzung am 26. Februar, die verhältnismäßig gut besucht war. 1 Kollege wurde gewonnen, 2 versprachen, bei der nächsten Versammlung einzutreten und 2 Kollegen wollen wieder weiterarbeiten. Also wir gelobten uns, alles daran zu setzen, daß auch hier wieder die Organisation Fuß fassen kann. Man muß sich überhaupt wundern, daß bei den intelligenten Kollegen wie Seitz, Blumenhofer, Kessler usw. die gelbe Sippe sich ausbreiten könnte. Das ist aber einzig nur die Schuld des Nachkollegen Riebel, Verbandsmitglied, Konsumbäcker, der es durch die „treffliche Führung“ der Mitgliedschaft verstanden hat, die Mitgliedschaft so auf den Hund zu bringen. Nun, Ihr Kollegen in Straßburg, die Ihr bis jetzt im Verband seid, nun gilt es, alle Kräfte einzusetzen, das Verlorene nachzuholen, gut zu machen, was unser Vorgänger gefehlt hat. Auf die Schanzen, Kollegen, an die Arbeit, noch ist nichts verloren, aber diel du gewinnen! Also vorwärts, holen wir es.

Alles Leipzig. Ein Bäcker-Eldorado scheint die Bäckerei von Hermann, Kirchstr. 12, zu sein. Der betreffende Meister scheint die Bundesratsverordnung betreffs Arbeitszeit nicht zu kennen. Er verlangte von seinem Gesellen, daß dieser wiederholt länger arbeiten sollte; die tägliche Arbeitszeit in diesem Betriebe war 14—16 Stunden. Als ihn der Geselle über die lange Arbeitszeit zur Rede stellte, meinte dieser Bäckermeister, die paar Stunden könnte jeder schon mal machen, es kommt ja nicht immer vor. Der Geselle verlangte Überstundenbezahlung. Als ihm dieses verweigert wurde, legte er die Arbeit nieder. Der Meister verweigerte Rückhändigung der Papiere. Die Kost bei diesem Arbeitgeber ließ viel zu wünschen übrig. Sonntag Mittag gab es kaltes Fleisch und kalte Kartoffeln. Diezen Zuständen ein Ende zu machen wird nur geschehen können, wenn die Bäckergesellen ihre traurige Lage erkennen und sich politisch und gewerkschaftlich organisieren, dann wird mit diezen Zuständen bald ausgeräumt werden.

Patentbericht, mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Erich Fuchs, dipl. Chemiker und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien, VII., Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patent anmeldungen kann binnen zwei Monaten Einpruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau möglichst berechnet. **Deutschland.** (Ausgelegt am 1. März, Erspruchsstift bis 1. Mai 1907.) **Al. 2 a.** Nowak Wenzl, Bäckermeister in Seidowitz i. Böhmen. Verschluß für Brief- und Posttüren: Auf der Drehachse der nach innen sich öffnenden Türe ist ein Zugorgan mit Gegengewicht befestigt und derart verlegbar, daß je nach der Lagerung des Zugorgans der Hebelarm des Gewichtes verändert und dadurch die Türe in offener oder geschlossener Stellung festgehalten oder nur derart leicht an ihren Rahmen angedrückt wird, daß sie, einem geringen Drucke nachgebend, sich öffnet und sich sonst wieder schließt. Zu diesem Zwecke ist auf der Drehachse eine mit einem Daumen und einem Hobel versehene Rabe vorgesehen, an welcher das Zugorgan derart befestigt ist, daß es entweder in eine Rinne oder Rabe oder in eine solche des Daumens eingefügt oder über den Hebel gelegt werden kann. — **Deutschland.** (Ausgelegt am 21. Februar 1907. Erspruchsstift bis 31. 12. 1907.) **Al. 2 a.** George Samuel Baker, London. Antriebsvorrichtung für Teekubiken zum Füllen von Backformen, besonders für Kaffemaschinen.

Genossenschaftliches.

Die Dörft und der Genossenschaftsbäckerei Dortmund berichtet über ihr viertes Geschäftsjahr folgendes: Das Wirtschaftsjahr 1906 brachte durch die tatkräftige Unterstήlung unserer Freunde und Förderer sowie der von uns beziehenden Konsum-Veteine einen erheblichen Mehrumsatz gegen das Jahr 1905, wofür wir allen denen, die für die weitere Entwicklung und Hebung unseres Umsatzes ihr Möglichstes getan haben, unseren Dank abstatteп. Leider waren auch wir gezwungen, infolge der durch den Zolltarif bedingten erhöhten Mehlpreise, das Gewicht unseres Brotes etwas zu reduzieren. Wenn von wen falschen Freunden der Arbeiter immer behauptet wurde, der Zoll verteuere nicht die Ware, so müssen wir diesem ganz entschieden entgegentreten, denn Wechtabschlüsse für spätere, nach den Zolleintritten fallende Monate konnten nur mit Zollausschlag getätigt werden. Wenn wir trotzdem für unsere im Betriebe beschäftigten Personen die 10stündige Arbeitszeit einführten, sowie für jeden nach 1jähriger Beschäftigung einen ständigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes bewilligten, so machte dieses für unser Geschäft eine erhebliche Mehrausgabe. Hiermit haben wir auch den von ängstlichen Bäckermeistern und Brotfabrikanten stets bekämpften Beweis erbracht, daß die Reduzierung der Arbeitszeit ein Geschäft nicht zu Grunde richtet. Auch mit der besseren Bezahlung von Löhnen ging die Bäckerei voran. Der Mindestlohn beträgt 27 M in 6 Arbeitstagen. Außerdem zahlt die Bäckerei das volle Kranken- und Invalidengeld. Auch für das kommende Geschäftsjahr wird die Geschäftsleitung ihr Augenmerk auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Betrieb beschäftigten Personen haben, soweit es der Betrieb erlaubt. Mit der Ausdehnung des Geschäfts mußten auch mehr Personen eingestellt werden. Die Zahl derselben beträgt jetzt 9. Einen großen Nebelstand bildet das in Dortmund von den Bäckermeistern eingeschaffte Vorg- und Rückgabesystem, welches eine Genossenschaft nicht mitmachen

darf. Das Konsument und Lieferant bildet oft den Leidtragenden. Der Konsument in der Weise, indem er durch die Zugabe getäuscht wird und das Brot auch leichter wiegt, wie das in der Genossenschaftsbäckerei hergestellte Brot. Um Fälschungen der Konsumanten zu vermeiden, wäre es Bildicht der Stadtverwaltung, den Pfundgewichtspreis von Brot festzulegen. An Backwaren wurden in diesem Jahre für 124 886.33 M. hergestellt, welches einen Nettoumsatz von 116 531.44 M. ergab. Dieses macht einen Mehrrun� von 48 383.15 M. gegen das Jahr 1905. Auf die einzelnen Monate verteilt, ergibt sich folgendes: Januar 7974.93 M., Februar 8182.40 M., März 10 507.77 M., April 9573.— M., Mai 10 355.82 M., Juni 10 503.35 M., Juli 10 396.76 M., August 10 840.50 M., September 10 580.— M., Oktober 12049.90 M., November 12317.10 M., Dezember 11604.80 M. Summa 124 886.33 M. Für die Herstellung der Backwaren wurden 1462 Sack Weizenmehl, 1616 Sack Roggenvollmehl, 249 Sack Roggenschrot, 42 Sack Brotmehl, 43 Sack Grond verwandt. Außerdem wurden 4990 Pfund Butter, 4090

Wund Rosinen, 896 Pfund Körnchen, 58 Sac Zucker verbraucht. Den größten Hemmischuh in der Ausdehnung des Umsatzes an Backwaren bildet das von den Bäckereimasteren eingeführte Brotgeschäft auf 14 Tage und länger. Dass eine Genossenschaft so etwas nicht mitmachen soll und kann, ist selbstverständlich. Daher auch die langsam steigende Entwicklung der Genossenschaft. Der Steingewinn betrug 1038 M.

Köln-Mülheim. Die Konsumgenossenschaft "Hoffnung" hieß am 24. Februar im Kölner Volkshaus ihre sahngsgemäße Generalversammlung ab, die für die fernere Entwicklung der Genossenschaft tief einschneidende Beschlüsse fasste. Die Versammlung hat mit großer Einmütigkeit beschlossen, aus dem Rahmen einer bloßen Konsumgenossenschaft herauszutreten und sich auf das Gebiet der Eigenproduktion zu begeben. Der Geschäftsführer Wanke gab zunächst den Bericht über das verschlossene erste Geschäftsjahr 1906/07. Diesem ist zu entnehmen, dass die Genossenschaft gegenwärtig 16 Verkaufsstellen hat. Neuerrichtungen sind vorgelebt in der Humboldt-Siedlung, in Köln-Stadt und in Ehrenfeld. Der Umsatz in den Verkaufsstellen betrug im Geschäftsjahr 1906/07: 920 118,52 M. gegen 693 759,08 M. im Geschäftsjahr 1905/06. Der Umsatz im Lieferantengeschäft betrug 1906/07: 713 526, M. gegen 519 090 M. in 1905/06. Der Gesamtumsatz betrug 1906/07: 1 638 644,52 M. und 1905/06: 1 212 849,08 M.; der Mehrtumsatz beträgt demnach 420 795,44 M. Einnahmen und Ausgaben balancieren im Geschäftsjahr mit 442 233,94 M., es ist ein Steingewinn von 84 763,58 M. zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Geschäftsjahrs 7923, es traten neu ein 1597, es schieden aus 469, sodass der gegenwärtige Bestand 9051 ist. Hieraus erkläre der Geschäftsführer eingehend die Pläne für die Errichtung eines Zentrallagers und einer eigenen Bäckerei. Die Verwaltung habe zu diesem Zweck die Bebauung eines Grundstücks ins Auge gefasst, das in der Nähe des Bahnhofes Kalk-Süd auf engstem Gebiet liegt. Die Lage sei für den Ausbreitungsbezirk der Genossenschaft recht günstig, die Erlangung des Bahnanschlusses in aller nächster Zeit wahrscheinlich und der Kaufpreis ein wohlfreiter. Das Grundstück umfasst einen Flächentraum von 18 000 Quadratmetern und der Quadratmeter kostet 9,50 M. 4000 Quadratmeter kommen hieran für den Bahnanschluss in Betracht. Das Projekt werde nach Fertigstellung einen Wert von rund 500 000 M. darstellen. Nach einer kurzen Debatte erzielte die Versammlung diesem Projekt einmütig ihre Zustimmung, vorbehaltlich der Genehmigung des Bahnanschlusses. Um das Objekt nicht zu stark mit Hypotheken zu belasten, wurde die Aussage von Hausscheinen in Höhe von 100 000 M. beschlossen, die auf zehn Jahre unzündbar sein sollen. 10 000 M. sollen durch Auslösung hieran rückgezahlt werden. Mögen die weittragenden Beschlüsse für die Genossenschaft "Hoffnung" segensreich sein und mögen die Mitglieder, die hier mit vielseitigem Verständnis so großartigen Projekten zustimmen, vertrauensvoll gegenüber ihrer Geschäftsführung den Elementen des Platzes in ihrer Mitte verweigern, die sich bemüht haben, das gesunde Unternehmen in den Schutz zu ziehen, um den Feinden die Knüppel zu liefern, die der Genossenschafts- und der Arbeiterbewegung zwischen die Beine geworfen werden sollen. Nachzutragen ist noch, dass folgende Resolution des Genossen Dietrich einstimmig stimmt: "Die heutige Generalversammlung macht es der Verwaltung zur Pflicht, beim Abschluss von Lieferungsverträgen genau nach den Beschlüssen des Stuttgartter Verbandstages des Centralverbandes deutscher Konsumvereine zu handeln. Gleichfalls macht es die Generalversammlung allen Mitgliedern zur Pflicht, beim Einkauf von Waren nur die Lieferanten zu berücksichtigen, die nicht allein das Kooperationsrecht der Arbeiter anerkennen, sondern auch die Forderungen der Gewerkschaften anerkannt haben."

Konsumverein und Produktionsgenossenschaft "Eintracht" zu Grimma. Die Genossenschaft beendete am 31. Juli 1906 das 35. Geschäftsjahr, in welchem die Zahl der Mitglieder von 3229 auf 3287, und der Umsatz von 651 923 M. auf 679 605 M., also um 27 681 M. gestiegen ist. Der Umsatz der Bäckerei betrug 196 511 M., 15 215 M. mehr als im Vorjahr. Die Bäckerei erzielte einen Steingewinn von 22 206 M. bei 12 295 M. Arbeitskostenanteil.

Der Grimmauer Konsum- und Produktionsgenossenschaft "Eintracht" zu Grimma. Die Genossenschaft beendete am 31. Juli 1906 das 35. Geschäftsjahr, in welchem die Zahl der Mitglieder von 3229 auf 3287, und der Umsatz von 651 923 M. auf 679 605 M., also um 27 681 M. gestiegen ist. Der Umsatz der Bäckerei betrug 196 511 M., 15 215 M. mehr als im Vorjahr. Die Bäckerei erzielte einen Steingewinn von 22 206 M. bei 12 295 M. Arbeitskostenanteil.

Der Grimmauer Konsum- und Produktionsgenossenschaft "Eintracht" zu Blaauen. Der Umsatz betrug 1906 1 748 948 M. betrug, auf 1 551 806 M., also um 197 142 M., der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag von 217,55 M. auf 227,20 M. Von den 18 Verkaufsstellen des Vereins sind 17 an der rückläufigen Bewegung beteiligt und zwar mit den höchsten Beträgen die vor allem in Arbeitervierteln gelegenen Läden. Zurückgegangen sind die Umsätze insbesondere in der Peripherie, während im Innern der Stadt die Verluste weniger schwer ins Gewicht fallen. Die Ursachen dieser bedauerlichen und aufsässigen Entwicklung werden in dem Bericht auf die Lebensmittelkennzeichnung und auf die Herabsetzung der Dividende zurückgeführt. Es werden dabei aber noch heute 14½ Prozent Rückvergütung bezahlt. Der eigentliche Grund liegt wohl in dem Umstand, dass die Arbeiterbewegung durch die hohen Rückvergütungssätze verwöhnt ist und andererseits bei den heutigen Lebensmittelpreisen möglichst billige Waren sucht. Sie will nun beide Vorteile zugleich — den höchsten Dividendenfaktor und die billigste Ware. Die Verwaltung scheint bestrebt zu sein, vor allem

dem Dividendenfaktor ihren Tribut zu zollen, womit sie aber sicherlich nichts verbessert wird. Der Verein hat im Berichtsjahr drei Bäckereibetriebe in eigene Hände genommen, aber an dem Brotentnahmen haben sich nur 4183 Mitglieder beteiligt. Es sind jetzt vier Bäckereien im Gange, mit dem Zwischenmeistergeschäft ist gebrochen und der ganze Betrieb der Leitung und Aufsicht eines Oberbaudirektors unterstellt. Man kann dies als einen wesentlichen Fortschritt bezeichnen.

Der Bäckerei in Kaufsverein zu Götha. berichtet in dem vorliegenden 33. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1905/06, das im allgemeinen einen sehr günstigen Verlauf nahm. Die Zahl der Mitglieder stieg von 2817 auf 2976, der Umsatz von 624 633 M. auf 743 095 Mark. Von dem Gesamtumsatz entfallen 465 887 M. auf das Warengeäft, während der Rückvergütungsberechtigte Umsatz an Bäckereierzeugnissen 237 081 M. betrug. Der Rest entfällt auf das Kohlengeschäft. Es ist im Verhältnis zum Vorjahr insgesamt ein Mehrtumsatz von 118 442 M. erzielt worden, woran das Warengeäft mit 82 982 M. die Bäckerei mit 31 780 M. und das Kohlengeschäft mit 3680 M. beteiligt sind. Von den Verkaufsstellen ist nur eine hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurückgeblieben. Der Genossenschaft gehören 22 Konsumvereine als Mitglied an, die aber nicht im Rückvergütungsgenuss stehen. In einigen Vereinen (Waltershausen und Friederichsbad) wurden 932 Rentner Schwabrot geliefert. Zugelangt kamen in der Bäckerei der Genossenschaft 14 503 Rentner Mehl zur Verarbeitung. Das Roggengemehl ergab pro Rentner 137,3 Pf. Brot gegen 137,7 Pf. im Vorjahr. Der Verkaufspreis für das Pfund Brot hat vom Beginn des Geschäftsjahrs bis zum 31. Januar 1906 11 Pf. vom 1. Februar bis zum 20. Juni 1906 12 Pf. und vom 1. Juli bis zum Schlusse des Geschäftsjahrs, dessen Termin, nebenbei bemerkt, aus dem Bericht nicht zu ersehen ist, wieder 11 Pf. im Durchschnitt 11,5 Pf. betragen. Das Nebenschüzergebnis der Bäckerei ist im Verhältnis zum Vorjahr von 13,8 Prozent auf 9,8 Prozent zurückgegangen. Die Verwaltung findet dieses Rentabilitätsergebnis unzureichend und ist in dem Bericht von einem nicht sehr günstigen Abschluss der Bäckerei die Stede.

Der Konsumverein Apollo. berichtet über sein 38. Geschäftsjahr, basierend auf 2947 Mitgliedern, einem Umsatz von 696 090 M. und einem Steingewinn von 82 050 M. Die Bäckerei erzielte 23 602 M. Reinüberschuss. Der Bericht führt aus: Unsere Genossenschaft hat sich im abgelaufenen 38. Geschäftsjahr wiederum sehr günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 270 und der Gesamtumsatz im eigenen Geschäft stieg um die statliche Summe von 119 882 M. Von dem Mehrtumsatz entfallen auf das Warengeft 80 560 M. auf die Bäckerei 29 322 Mark. Das Bäckereiergebnis hat unter den Folgen des neuen Zolltarifs zu leiden gehabt. Wenn man glaubte, die hohen Mehlpreise vorigen Jahres seien nur vorübergehend, so sah man sich bitter getäuscht, denn heute kostet der Rentner Roggengemehl 2-3 M. mehr, als in lebwohlergehenden Jahren. Die höchste Tagesleistung der Bäckerei betrug: 953 Stück Brote im Gewichte von 47 Br. 65 Pf. und 14 100 Stück diverse Weizengeft im Werte von 297 M. Der Fahrbedarf für die Bäckerei betrug 8880 Rentner Roggengemehl und 2790 Rentner Weizenmehl. Hieraus wurden gebunden 3647 Stück Brote à 30 Pf. 131 436 Stück Brote à 60 Pf. und 45 321 Stück Brote à 1,20 M. sowie 3 351 750 Stück Weizengeft im Werte von 70 640 M. Es wurden gebunden durchschnittlich pro Tag 37 Rentner 33 Pfund Brot und 9310 Stück Weizengeft. Der Rentner Roggengemehl ergab durchschnittlich 134 Pfund Brot. Ferner wurden gebunden 7900 Stück Kuchen etc. und 2500 Stück Schüttchen.

Der Konsumverein für Zeitz. zeigt gute Fortschritte, seine Mitgliederzahl wächst täglich und hat jetzt nahezu die Höhe von 2100 erreicht, nachdem die früheren Mitglieder in Kroppen und Pödel, die dort eigene Vereine führen, abgerechnet sind. Der Betrieb der Bäckerei vergrößert sich von Tag zu Tag, so dass hier zur Einstellung neuer Bäcker geschritten werden muss. Gegenwärtig sind neben dem Bäckermester noch sieben Gejellen tätig. Die Güte der Backwaren erwirkt auch immer neue Anhänger. Es geht also auch auf diesem Gebiete vorwärts.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei. hielte am 28. Februar ihre Generalversammlung ab, in der der Jahresbericht vom Geschäftsführer, Genosse P. Pape, eröffnet wurde. Dem Geschäftsbuch ist zu entnehmen, dass der Gewinn sich auf 691 597,80 M. bezieht; der gleiche hat sich gegen das Vorjahr um 84 000 M. erhöht. Der Warenverbrauch betrug 430 131,40 M. die Prozente an die Niederlagen, die Betriebs- sowie die Unterhaltskosten der Gebäude u. m. betrugen 234 009,95 M. der Steingewinn betrug 27 456,45 M. Abreibungen auf Inventar, Gebäude und Maschinen wurden für 11 050,22 M. vorgenommen; zur Verteilung standen 16 406,23 M. zur Verfügung. Verkauft wurden im Jahre 16 876 Sac Mehl, gegen 1905 1381 Sac mehr. In der eigenen Mühle wurden 19 088 Sac Getreide vermahlen. Gebauten wurden 1 643 297 Stück Brote. Am Jahreschluss bestanden 292 Niederlagen. Die Mitgliederzahl betrug 1201. Die Spareinlagen-Girorichtung, die seit ca. zwei Jahren errichtet ist, findet bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern immer mehr Anklang; der Verkehr hierin war sehr lebhaft. Die von den Einlegern eingezahlte Summe betrug 156 445,14 M. Auf dem Gebiete "Errichtung und Vermietung von Wohnungen" hat die Bäckerei den Anfang gemacht; die zwei angekauften Grundstücke, Johanniststr. 46 und 48, sind durchgebaut resp. abgebrochen und neu aufgebaut und der Neubau entsprechend eingerichtet und vermietet worden. Der zur Verfügung stehende Raumewin von 16 406,23 M. wurde wie folgt verteilt: Die Mitglieder erhalten 20 Prozent Dividende für ihr Guthaben, Extrabechreibungen auf Maschinen sollen vorgenommen werden, dem Unterstützungsfonndus wurden wieder 2000 M. überwiesen und 3000 M. wurden zur Errichtung einer Bibliothek zur Verfügung gestellt. An die Arbeitslosen werden, anstatt wie in früheren Jahren 2000, in diesem Jahre 3000 Brote à 50 Pf. verteilt. Dem Vorstande wurde Entlohnung erteilt und der bisherige Geschäftsführer, Genosse P. Pape, per Ablösung einstimmig wiedergewählt, ebenfalls das Amtsvorstandsmitglied G. Luckmann.

Die Bäckereigenossenschaft "Volkshof" in Essen-Rüttenscheid. berichtet über ihr vierter Geschäftsjahr. Der Genossenschaft gehören 32 Mitglieder an. Es wurden für 183 422 M. Rohmaterialien eingekauft, davon waren 5013 Sac Mehl, die nach Bearbeitung mit 162 888 M. umgesetzt wurden. Das Verhältnis zum Personal ist als ein harmonisches zu bezeichnen.

Löhne werden weit über die tarifmäßige Abmachung zahlten. Beschäftigt wurden: 1 Geschäftsführer, 6 Bäckereibetriebe, außerdem fahren 2 weitere Bäcker für ihre eigene Rechnung. Die Verteilung des Reingewinns in Höhe von 3188,45 M. soll wie folgt geschehen: 400 M. sollen dem Spezialfondes überwiesen werden, der hier durch die Höhe von 3205,38 M. erreicht, welcher Betrag zur Deckung der aus dem 1. Geschäftsjahr entstandenen Unterbilanz nötig ist. Ferner sollen 5 Prozent Dividende auf die am Jahresende voll eingezahlten Geschäftsannteile ausgezahlt werden. Als Entschädigung an die Genossenschaftswirksamkeit sind 300 M. vorzusehen, der verbleibende Rest soll dem geleglichen Reservesonds überwiesen werden.

Verfraft. Vor der Strafammer zu Neustettin spielte Mitte Februar ein Prozeß gegen die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats des Neustettiner Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins, zu dem die ersten Kreise der ganzen Gegend gehören. Die Anklage ist auf Grund des § 147 des Genossenschaftsgesetzes erhoben worden, weil angeblich falsche Bilanzen und Geschäftsberichte aufgestellt und veröffentlicht sein sollen, um die großen Verluste der vom Verein verwalteten genossenschaftlichen Kornhäuser (Kornsilos) in Neustettin und in Gramenz zu verschleiern. Die Angeklagten gehören den ersten Geschäftskreisen und dem ältesten Adel des Kreises an. Angeklagt sind unter anderen das Mitglied des preußischen Herrenhauses Landwirtschaftsrat b. Herzberg-Lottin, der Landrat des Kreises Neustettin b. Rittergutsbesitzer b. Blankenburg-Kessow, Rittergutsbesitzer Dr. Dening-Zuchow und das Mitglied des Abgeordnetenhauses b. Bonn-Bahrenbusch. Auf Antrag des letzten war von dem inzwischen angestellten Reichstag die Einstellung des Verfahrens, das schon seit Jahresfrist schwelt, während der Dauer der Saison befohlen worden. Nach der Auflösung nahm das Verfahren seinen Fortgang und hat zur Erhebung der Anklage geführt. Die Handlung dauerte drei Tage und endete mit der Freispruch der Angeklagten. Die beiden aus Staatsmitte: n mit M. 253 700 Kosten erbauten Kornhäuser stehen seit dem 1. Juli 1904 leer und werden wohl auf Abriss verkauft werden müssen, da sich bisher keine andere Verwendung hat finden lassen.

Wenn es sich um einen Arbeiterkonsumverein gehandelt hätte, würde die bürgerliche Tagespresse den Fall nach Kräften ausgeschlachtet haben, da es aber eine Genossenschaft ist, an der so hohe Herren beteiligt waren, hat man die Sache nach Möglichkeit totgeschwiegen.

Verschiedenes.

Die Parteidurchsätze im neuen Reichstage. Nach den nun vorliegenden Wahlresultaten ergeben sich folgende Fraktionsstärken. Es erhielten:

Mandate	1907	1908	+ Gewinn
Sozialdemokratie	43	81	- 38
Konservative	60	52	+ 8
Reichspartei	22	22	
Antisemiten	27	21	+ 6
Nationalliberale	56	51	+ 5
Zentrum	108	104	+ 4
Freisinnige Vereinigung	16	10	+ 6
Freisinnige Volkspartei	27	20	+ 7
Deutsche Volkspartei	6	6	
Polen	20	16	+ 4
Verteidigte Parteien	12	16	- 4

Gegen die Wahl von 1908 hat sich das Verhältnis zu Gunsten der Rechten verschoben. Es wurden gewählt:

	1908	1907
Konservative, Antisemiten und Reichspartei	95	146
Nationalliberale	51	56
Zentrum, Elsässer	113	129
Polen	16	20
Sozialdemokratie	81	43
Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei u. Deutsche Volkspartei	117	92
Bei keiner Partei	36	5

Das Resultat der Wahl bedeutet demnach eine nicht unerhebliche Schwächung der Linken, selbst wenn man annimmt, dass von den "Freisinnigen" nicht allein mehr konservativ als freisinnig fühlten und jeder reaktionären Gruppe mitmachten werden.

Getreidepreise in Deutschland und im Auslande. Das leichtsinnige Vierteljährshet zur Statistik des deutjigen Reiches enthält eine Statistik der Roggen- und Weizenpreise an einer Anzahl deutscher und fremder Börsenplätze im dritten Vierteljahr 1899 bis 1906. Wir geben in nachstehendem die Zahlen des ersten und letzten Jahres der Periode für die wichtigsten Orte wieder. (Die angegebenen Preise unterscheiden sich für 1000 Kilogramm in Mark.)

Roggengemehl	Weizen
1899	1906
146,2	155,6
157,8	168,3
125,1	177,5
101,1	195,9
111,7	114,0
117,8	120,7
109,6	114,6
83,9	118,2

Diese Zahlen zeigen mit aller Wünschenswertheit, dass Deutschland in Bezug auf die Getreidepreise in den Tat den ersten Platz in der Welt einnimmt. Es hatte im dritten Quartal 1906 sowohl die höchsten Roggen- als auch (Mannheim) die höchsten Weizenpreise. Das es sich mit den Fleischpreisen genau ebenso verhält, ist in den letzten Monaten durch eine Reihe vergleichender Statistiken zur Kenntnis

	Bullen u. Ochsen	Rühe	Jung- rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Bierde	Fleisch insgekauft
1. Quartal 1904	1,62	1,79	0,62	0,72	5,32	0,28	0,01	0,11	10,47
2. " "	1,56	1,93	0,55	0,67	6,65	0,23	0,05	0,21	11,85
3. " "	1,49	1,94	0,47	0,75	5,07	0,17	0,04	0,17	10,10
4. " "	1,57	1,90	0,54	0,88	4,71	0,18	0,05	0,14	9,97
1. " "	1,64	1,90	0,69	0,69	4,53	0,31	0,01	0,18	9,90
2. " "	1,48	1,98	0,65	0,60	5,16	0,24	0,04	0,24	10,39
3. " "	1,48	1,98	0,52	0,69	4,80	0,18	0,03	0,20	9,88
4. " "	1,47	1,81	0,55	0,82	4,81	0,18	0,06	0,13	9,43
1. " "	1,57	1,81	0,63	0,66	4,58	0,27	0,01	0,12	9,65
2. " "	1,45	1,86	0,57	0,58	5,89	0,21	0,04	0,22	10,82

Beachtenswert ist hierbei vor allem der steigende Verbrauch minderwertigen Fleisches, so der von Pferdefleisch, der sich in zwei Jahren verdoppelt hat, von Rindfleisch, Rogenfleisch, dem ein entsprechend größerer Rückgang des Verbrauchs an vollwertigem Fleisch gegenübersteht. Zu dem Ergebnis der gewerblichen Schlachtungen ist nun noch

das der Hausschlachtungen, das auf Grund der letzten Viehzählung mit 9,91 kg pro Kopf und Jahr anzusehen ist und die Mehreinfuhr an Fleisch hinzuzurechnen, während das als genügend günstig bezeichnete Fleisch in Abzug zu bringen ist. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Gewerbliche Schlachtun- gen	Haus- schlach- tungen	Mehr- einfuhr	Gesamtverbrauch, abschließend des unrichtlich gemachten Fleisches	
			12,99	27,40 kg
3. Vierteljahr 1904	10,47	2,48	0,09	14,41
4. " " 1905	11,85	2,48	0,13	12,66
1. " " 1906	10,10	2,48	0,13	12,51
2. " " "	9,97	2,48	0,11	12,47
3. " " "	9,90	2,48	0,14	13,14
4. " " "	10,39	2,48	0,32	12,66
1. " " 1906	9,88	2,48	0,32	11,96
2. " " "	9,43	2,48	0,10	12,20
3. " " "	9,65	2,48	0,12	13,43
4. " " "	10,82	2,48	0,18	25,63

Das 2. Halbjahr 1906 weist demnach gegenüber dem 2. Halbjahr 1904 einen Rückgang im Steuerbetrag von 1,88 kg auf den Kopf der Bevölkerung oder ca. 9 kg auf die 500000 Familien hin, ein Rückgang, der vor allem auf das Kosten der minderwertigen Schlachtungen zu richten ist, also hier noch größer ist, als die Durchschnittsziffer angibt. Seit dem Vorjahr hat ein Stillstand stattgefunden; es wiederholt die besseren Gewerbedurchschnitte eine gewisse Rolle. Aber charakteristisch ist es doch, daß die zweitelles in den letzten Jahren ziemlich bedeutend gesunkenen Löhne der Arbeiterschaft nicht gestoppt haben, den Tonfall dieses so wichtigen Nahrungsmitels in gehobelter Weise fortzuführen. Da auch die Preise für alle industriellen Produkte in dieser Zeit, s. 2. sogar

sehr erheblich gestiegen sind, so geht daraus unzweifelhaft hervor, daß in der Tat die unter Aussichtnahme der so arbeitsmäßig günstigen Konsumtarif erwartete Verbesserung einer Einkommensverhältnisse für den Arbeiter mehr als eingetroffen worden und durch die Verschärfung seiner Bedarfsartikel, so daß aus einer wirklichen Verbesserung in der Lage der großen Arbeiterschaft leider nicht die Rede sein kann.

Das Steigen der Fleischpreise in den letzten 7 Jahren wird in demselben Maße durch eine Anzahl Tabellen für 10 deutsche Städte nachgewiesen. Für Berlin und Mannheim ergeben sich dabei folgende Preisveränderungen:

Schweine I Kälber I Hammel I

Berlin	Mannheim	Berlin	Mannheim	Berlin	Mannheim
1899	128,1	137,8	106,6	120,5	—
1900	133,0	137,3	107,2	118,8	105,8
1901	129,6	139,7	107,5	112,8	119,6
1902	136,3	142,9	117,8	125,0	126,5
1903	144,1	147,1	122,2	128,0	106,6
1904	144,1	149,8	119,5	131,1	108,3
1905	152,9	154,2	127,4	134,7	135,6
1906	166,7	173,7	135,3	149,1	138,7

Es handelt sich hierbei um die Durchschnittspreise des 2. Quartals des betr. Jahres. Man sieht bei demnach bestehendem höheren Fleischpreise als Berlin. In beiden Städten jedoch liegt über die Autobahnsteigung in allen Richtungen kein ohne Rücksicht. Vor allem ist gegenüber dem Sozialrat nirgends ein Preissteigerung zu feststellen, obwohl von letzterem in der agrarwirtschaftlichen Preise der Preis gemacht wurde. Es handelt sich dabei

höchstens um Sondererscheinungen, die auf die allgemeine steigende Tendenz absolut keinen Einfluß haben.

Streiß und Ausbeutungen in Deutschland.

Noch den im "Reichsarbeitsblatt" vierteljährlich veröffentlichten Angaben liegt noch heute bereits eine vorläufige Übersicht über die Streiß und Ausbeutungen im deutschen Reich im Jahre 1906 und ihre Ergebnisse geben.

Streiß.		Zahl der Betriebe	Zahl der betroff. Arbeiter	Die Streißenden Seiten		
1906	betr. 1905			vollen Erfolg	teil. Erfolg	feinen Erfolg
Gärtnerei	9	133	566	—	9	—
Direkt. und Betriebe	2	39	217	1	1	—
Handels- und Dienstleist.	99	184	18,520	3	29	35
Zeitung und Druck.	179	216	9,033	39	70	70
Metallverarbeitung	239	510	17,882	44	119	86
Textil- und Seidenware	163	511	14,533	24	71	73
Chemische Fabrik	34	42	4,126	4	16	14
Verarbeit. der landl. Rohstoffproduktion	13	13	324	2	7	4
Landwirtschaft	141	222	27,249	19	71	51
Forstwirtschaft	41	192	5,620	8	26	22
Erzabholung	69	56	4,454	13	12	19
Holz- und Eisenbahn	263	1553	20,493	63	150	153
Reinigung und Geschäft	95	218	5,074	20	38	28
Verleih- und Dienstleist.	116	1244	5,827	24	72	28
Banken und Finanzen	891	620	63,212	124	492	207
Handels- und Industrie	41	122	1,264	7	26	14
Polizei- und Justizielle Gewerbe	135	516	10,941	29	56	50
Feuerwehr	91	962	9,972	14	34	42
Post- und Telegraphen	1	1	26	—	—	1
		Summe 231	12559	227,954	566	1233
					921	

Ausbeutungen.

Gewerbe		Zahl der Betriebe	Zahl der betroff. Arbeiter	Die Ausbeutung hatte		
1906	betr. 1905			vollen Erfolg	teil. Erfolg	feinen Erfolg
Steine und Erden	43	110	2,405	29	21	3
Metallverarbeitung	19	456	4,529	8	9	2
Wollwaren und Textilwaren	23	155	18,056	9	12	2
Leinen- und Webwaren	2	2	119	1	—	1
Textilfabrik	6	68	5,549	—	4	2
Textilwaren	1	24	1,023	—	1	—
Leinenwaren	5	48	452	3	2	—
Holz- und Zellstoff	25	265	2,547	11	8	6
Reinigung und Reinigung	2	2	30	1	—	1
Reinigung und Reinigung	1	31	1,900	—	1	—
Feuerwehr	70	945	13,495	25	27	18
Polizei- und Justizielle Gewerbe	33	120	2,971	2	31	—
Handelsgewerbe	2	6	192	1	1	—
Verkehrs- und Gewerbe	1	1	19	1	—	—
Banken- und Girodienst	1	1	13	1	—	—
		Summe 231	2247	53,209	82	117
					35	

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt ein deutliches Nachlassen der Ausbeutungssteigerung. Die Zahl der Betriebe ist von 2912 in 1905 auf 231 in 1906 gesunken, die der Arbeitnehmer pro Betrieb jedoch von 11,491 auf 11,569 und die der beteiligten Arbeitnehmer sogar von 169,145 auf 227,954, also nahezu auf der Hälfte herab